

Einzelpreis 70 Heller.

Verwaltung:
Hofgasse 37

Telephone:
Tagesredaktion: 8795.
Nachredaktion: 8797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
Mittig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Freitag, 13. Juni 1924.

Nr. 138.

Die Krise der Koalition.

Den äußeren Anzeichen nach zu schließen, liegt die allnationale Koalition in Agonie, und man wäre fast versucht, ihr nur noch ein nach Tagen und Stunden bemessenes Leben zugumessen. Ein richtiggehendes Leben führt das aus den heterogensten Elementen zusammengesetzte Gebilde wohl schon seit langem nicht; es bedurfte immer stärkerer Aufpufferungen und Injektionen, um jeweilig den jenigen Körper wieder zu einer Art von Tätigkeit zu bringen, aber doch waren die sich periodisch einstellenden Krisen der Koalition auch nicht annähernd von jenem Ernste wie die gegenwärtige. Sie ist sozusagen aus heiterem Himmel entstanden, zuerst war es eine Ursache, von der sie heraufbeschworen wurde, doch je länger sie dauert, desto mehr Gründe für die Ausbreitung des Krankheitsprozesses treten hinzu, nun ist es schon ein ganzer Weichselkopf von Ursachen, der die Lage verwirrt und die Lösung der Krise fast hoffnungslos erscheinen läßt. Und noch ein wesentlicher Umstand unterscheidet die gegenwärtige Koalitionskrise von den vorhergegangenen. Während früher immer, so oft es brenzlich wurde, die Pötkä als Feuerwehr ausrückte, allen voran Herr Anton Svehla, hat jetzt die Pötkä infolge ihrer inneren Zerfahrenheit ihre Rettungstätigkeit eingestellt und die Partei des Ministerpräsidenten selber wirft Beschränkungen in das immer loderner aufblühende Feuer, das die Koalition mit Bug und Stengel zu verzehren droht. Es kann also diesmal ernst werden, die allnationale Koalition kann über Nacht in eine rauchende Trümmerstätte sich verwandeln und damit wäre auch ihr Ende für immer gekommen. Sollte wirklich eintreten, was als eine unausweichliche Folge der Auflösung der Koalition hingestellt wird, sollte durch Neuwahlen eine Befragung der Wähler über die künftige Fortführung der Politik im Staate erfolgen, dann kann als sicher angenommen werden, daß die Koalition in ihrer heutigen Form nie mehr bestehen wird. Die politische Gruppierung der Wählermassen läßt die Aussicht, daß aus Neuwahlen wieder eine Mehrheit hervorgehen würde, auf welcher die allnationale tschechische Koalition aufgebaut werden könnte, als unmöglich erscheinen. Das schuldbeladene Gebilde wäre dann für immer zerfallen.

Die unmittelbare Ursache der Koalitionskrise ist in dem Verlangen des Klubs der tschechischen Agrarier nach Einführung von Getreidezöllen zu suchen. Um diese Forderung durchzusetzen, suchen die Agrarier die Sozialversicherung als Borspann zu benützen. Diese soll nicht eher Befehl werden dürfen, als nicht die Getreidezölle beschlossen sind. Es geht da um einen Erpressungsversuch schlimmster Art, der um so ärger ist, als er einen Rückfall darstellt und gleichzeitig der Bruch eines Versprechens ist. Im Vorjahre haben die tschechischbürgerlichen Parteien als Bedingung der Durchführung der Sozialversicherung die Herabsetzung der Vermögensabgabe verlangt und auch durchgeführt. Durch die Herabsetzung der Vermögensabgabe hat der Staat den Besitzenden ein Geschenk von zwei Milliarden Kronen gemacht, an dem auch die größeren Grundbesitzer in hervorragender Weise profitierten. Die Agrarier haben den fetten Happen hinuntergeschluckt, doch da ihnen während des Essens der Appetit gekommen ist, suchen sie die Sozialversicherung zu einer neuerlichen Erpressung auszunützen. Ob die Arbeiter im Alter einer bescheidenen Rente teilhaftig werden sollen, wollen die Agrarier davon abhängig machen, ob sich die Arbeiter durch Getreidezölle Mehl und Brot verteuern lassen wollen. Aber auch an sich bedeutet die Forderung der Agrarier einen frechen Anschlag auf die ohnehin elende Lebenshaltung der armen Bevölkerung. Als vor nun bald zwei Jahren die Regierung mit ihrem bekannten Aufruf an die Mitbürger die Verbilligungs-

Vor der Präsidentenwahl in Frankreich

Das Linkslkartell kandidiert Painlevé.

Paris, 12. Juni. (Eigenbericht.) Der Kongress der vereinigten Linken, der heute um 2 Uhr zusammengetreten ist, hat mit 306 Stimmen den Präsidenten der Kammer Painlevé zum offiziellen Kandidaten gewählt. 148 Stimmen sind auf Doumergue, den Präsidenten des Senats, entfallen. An dem Kongress haben die vier im Kartell der Linken vereinigten Kammerfraktionen, nämlich 147 Radikalsozialisten, 103 Sozialisten, 29 republikanische Sozialisten und 30 Mitglieder der radikalen Linken, sowie 165 Senatoren der demokratischen Linken teilgenommen.

Was seit Mittwoch zu befürchten war, ist auch tatsächlich eingetreten: die Linke, die sich seit den Wahlen in vorbildlicher Disziplin den Grundsatz „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ zu eigen gemacht hat, hat sich in der Frage der Nachfolgerschaft Millerands gespalten. Die Linke der Kammer und des Senats hat je einen eigenen Kandidaten. Das Abstimmungsergebnis zeigt deutlich, daß, während die demokratische Fraktion der Kammer geschlossen für Painlevé gestimmt hat, die demokratische Linke des Senats ebenso geschlossen an ihrem eigenen Kandidaten festhält.

Nach Bekanntgabe des Ergebnisses wurde die Sitzung aufgehoben. Die Führer des Linkslkartells traten sofort zu einer Beratung zusammen, an der auch Briand teilnahm. Es wurde eine Delegation zu Doumergue geschickt, um ihn zu ersuchen, zugunsten Painlevés auf seine Kandidatur zu verzichten. In der Antwort heißt es, daß er seine Kandidatur für die vorbereitende Versammlung nicht aufgestellt habe und daher auch keine zurückziehen könne. Eine Anzahl seiner Freunde habe eine Manifestation zu seinen Gunsten unternommen. Wenn sie dieselbe Manifestation vor der Nationalversammlung zu wiederholen gedenke, habe er nicht das Recht, sie daran zu hindern. „Ich erkläre jedoch“, heißt es in der Antwort Doumergues weiter, „wenn ein reaktionärer Kandidat aufgestellt wird, und derselbe eine Stimmenzahl erlangt, die eine Gefahr für die Republik bedeuten würde, so verpflichte ich mich für den Fall, daß ich in der Minderheit bliebe, alle jene, die für mich gestimmt haben, zu ersuchen, ihre Stimmen dem republikanischen Kandidaten zu geben, der die größten Aussichten hätte.“

Nach Bekanntgabe dieser Erklärung Donnerstag traten die Präsidien der verschiedenen Fraktionen zu einer neuen Beratung zusammen. Das Präsidium der republikanischen Union des Senats, der auch Poincaré angehört, begab sich hierauf zu Doumergue, um ihn offiziell zu ersuchen, als Kandidat aufzutreten.

Mit Rücksicht auf diese gefährdete Situation trat hierauf eine Besprechung der maßgebenden Führer des Linkslkartells, unter anderen Briand, Perriots und Blums zusammen; man kam zu dem Ergebnis, daß, da die Wahl Doumergues eventuell im zweiten Wahlgang mit Unterstützung der Stimmen der Rechten erfolgen könnte, es notwendig sei, auf einen einheitlichen Vorschlag der Linken zu gelangen. Man beschloß infolgedessen, durch eine Delegation Painlevé zu bitten, er möge mit Rücksicht auf die gesamte Einheit auf seine Kandidatur verzichten. Painlevé erklärte sich dazu bereit, unter der Bedingung, daß auch Doumergue seinerseits von seiner Kandidatur zurücktrete und eine dritte neutrale Persönlichkeit von der gesamten Linken gemeinsam vorgeschlagen werde. Im Ergebnis hat sich eine Delegation, bestehend aus Perriot, Briand, Boncour und Thomson, zu Doumergue begeben, um ihm die Ansichten Painlevés vorzutragen und ihn um weitere Aufklärungen zu ersuchen.

Eine um Mitternacht eingelangte Meldung besagt:

Die zu Doumergue gesandte Abordnung ist unverrichteter Dinge zurückgekehrt, da eine Einigung über die Auffüllung eines dritten Kandidaten nicht erzielt werden konnte. Doumergue beharrte auf seinem Standpunkte. Die sozialistische Fraktion hat nach Anhörung dieser Antwort beschlossen, die Kandidatur Painlevés zu unterstützen, falls sie aufrecht bleibe. Das Linkslkartell hat dieselbe Entscheidung getroffen und so bleibt die Kandidatur Painlevés an der Reihe. Die Linksfaktionen der Kammer und des Senats werden morgen eine halbe Stunde vor der Präsidentenwahl in Versailles eine Vollversammlung ihrer Mitglieder abhalten.

Schwere Anschläge gegen das deutsche Schulwesen.

Erlasse zur Auflösung zweier deutscher Mittelschulen in Prag.

Gegen das Sudetendeutschtum im allgemeinen und gegen die Prager deutsche Bevölkerung im besonderen wurden am Mittwoch und Donnerstag von den „demokratischen“ Vertretern dieses Staates zwei schwere Anschläge ausgeführt. Am Mittwoch wurde — wie bereits berichtet — die Direktion des deutschen Realgymnasiums in der Heinrichsgasse durch einen Erlaß des Unterrichtsministeriums, den ein Expreßbote zustellte, verständigt, daß diese Anstalt aufgehoben wird, so daß im Herbst des laufenden Jahres keine Schülereinschreibungen an dieser Mittelschule mehr stattfinden sollten. Die Klassen dieses Realgymnasiums sollten in Zukunft Parallelklassen des deutschen Realgymnasiums in Zischow sein. Donnerstag erhielt die Leiterin einer deutschen Staatsrealschule die Mitteilung des Unterrichtsministeriums, daß auch diese Anstalt mit Rechtswirksamkeit vom 30. Juni 1924 aufgelöst wird. Dieses Institut soll in die Realschule in der Nikolanderstraße überführt werden.

Schulauflösungen mittels Expreßboten! Die Rücksicht, mit der da zwei deutsche Mittelschulen einfach hinweggefegt werden sollen, verrät, daß man die deutsche Bevölkerung kurzerhand überumpeln wollte. Unvermutet und ohne jede Begründung, an zwei Tagen hintereinander, wurden den unzähligen Schuldirektionen, die die deutsche Bevölkerung bereits über sich hat ergehen lassen müssen, zwei neue Gewalttakte hinzugefügt, die dem Auslande wohl einen Begriff geben können, welche fortschrittlicher, friedlicher und verführerischer Geist in dieser Republik herrscht. Man braucht nicht lange nach der Ursache zu suchen, die diesen Kulturhaten des reaktionären Regimes zugrunde liegen. Die Nationaldemokraten und die ihnen gefügige Bürokratie haben es trefflich verstanden, die Abwesenheit des sozialdemokratischen Unterrichtsministers Bednyne auszunützen und die übermäßige Belastung des Ministers Dr. Macrowitzsch, der neben dem eigenen Ressort über die Zeit der Krankheit Bednynes diesen noch in der Leitung des Unterrichtsministeriums zu vertreten hat, zu diesem doppelten Streich zu mißbrauchen. Daß der Versuch der Auflösung der beiden deutschen Anstalten sachlich völlig unbegründet ist und nur nationalistischen Gelüsten entspringt, erhellt aus folgenden Tatsachen: Das Realgymnasium in der Heinrichsgasse zählt über 200 Schüler, in seine erste Klasse ließen sich zu Beginn des heurigen Schuljahres 40 Schüler einschreiben, deren Zahl sich durch einige Uebertritte bis zum Schluß

aktion einleitete, appellierte sie an den Opfergeist der Bevölkerung und erklärte, alle Stände müßten Opfer bringen, um die Konkurrenzfähigkeit des Staates herbeizuführen, damit die Teuerung eingedämmt und die Arbeitslosigkeit beseitigt werde. Die Arbeiter mußten sich, gezwungen durch die Wirtschaftskrise, sehr bedeutende Lohnkürzungen gefallen lassen. Die ihre Lebens- und Einkommensverhältnisse tief unter den Stand der Vorkriegshöhe herabdrückten, so daß Not und Entbehrung bei ihnen tägliche Gäste wurden. Die „hohen Löhne“, mit denen die bürgerlichen Parteien den Reich und Haß besonders der intellektuellen Schichten gegen die Arbeiter aufzustacheln bestrebt waren, gehören längst der Sage an. Am allerwenigsten haben aber die Agrarier Opfer gebracht; sie hielten die Preise der Lebensmittel unverhältnismäßig hoch und von ihnen wird niemand behaupten können, daß sie Not leiden, ja, daß sie sich auch nur Einschränkungen auferlegen müssen. Es gibt im Lande noch immer hunderttausende Arbeitsloser und Kurzarbeiter, und auch die in Arbeit Stehenden sind weit unter der Grenze angelangt, die ihnen die Möglichkeit, neue Opfer zu bringen, gestatten könnte. Heute herrscht in den breiten Massen der konsumierenden Bevölkerung eine Afler Not, die ihnen kaum die Befriedigung der einfachsten Lebensbedürfnisse möglich macht. Das begreifen nun auch die tschechischen Sozialdemokraten und sie erklären die Forderung

der Agrarier für unannehmbar, in dieser Zeit der Not durch Getreidezölle das Elend der Massen noch mehr zu steigern, nur damit die reichen Agrarier noch höhere Gewinne einheimen können.

Neben dieser Streitfrage, welche die Koalition zu sprengen droht, zeigen sich immer scharfer auch noch andere Gegensätze. Die bürgerlichen Parteien haben sich daran gewöhnt, in den sozialistischen Parteien Handlanger für die Vollstreckung ihrer reaktionären und ihrer habgierigen wirtschaftlichen Interessen zu sehen. Wollen die tschechischen sozialistischen Parteien ihre Anhänger nicht gänzlich ins kommunistische Lager treiben lassen, so müssen sie sich endlich, gezwungen durch die Stimmung ihrer Wähler, gegen die einseitige, selbstgierige Ausnützung der Regierungsmacht durch die bürgerlich-kapitalistischen Parteien wenden. So ist das Zerwürfnis in der Koalition bis fast zum Bruch gediehen, die chronische Krise hat sich in eine akute verwandelt. Dazu kommen die politischen und persönlichen Gehässigkeiten und Intrigen zwischen den vorläufig noch geeinten Parteien, sowie die Rivalitäten innerhalb dieser Parteien selbst. Fast jede der Koalitionsparteien trägt den Keim der Zerfugung in sich. Das ist auch bei der Partei des Ministerpräsidenten so, wo Prasek und Stanol gegen Svehla konspirieren und mit der Sprengung der Partei drohen. Es scheint, daß Herr Svehla nicht abgeneigt

ist, diesen Sprengungsversuchen durch baldige Neuwahlen des Parlaments entgegenzutreten, ehe noch seine Rivalen Gelegenheit gefunden haben, ihre Absichten zu verwirklichen, weil er wohl fürchtet, daß je länger er damit wartet, die Aussichten für die Erhaltung seiner Machtposition innerhalb des tschechischen agrarischen Lagers um so kleiner werden.

Das ist also die Koalition, von der ihre Schöpfer und Freunde auch jetzt noch immer behaupten, sie stelle die einzig mögliche Regierungsform in der tschechoslowakischen Republik dar! Ein Bruch, ein elender Trümmerhaufen, eine Horde von tausenden und in sich selbst morschen und zerfallenden Parteien! Schlecht stünde es um den Staat, wenn er wirklich nur auf diese Koalition als einzige Möglichkeit, sich eine Regierungsmehrheit zu schaffen, angewiesen wäre. Jedenfalls ist die Situation eine ernste. Für die deutsche Arbeiterchaft gilt es, auf alles gefaßt zu sein. Der Vollzugsausschuß unserer Partei hat darum auch, wie an anderer Stelle berichtet wird, zu der Krise Stellung genommen und fordert die Genossen im ganzen Lande auf, bereit zu sein, im gegebenen Augenblicke den Kampf gegen jeden Versuch zu eröffnen, die Koalition durch eine weitere Schädigung der Existenzmöglichkeiten der arbeitenden Bevölkerung retten zu wollen. Die Krise der Koalition darf nicht auf dem Rücken der notleidenden Massen gelöst werden!

auf 65 reduzierte. Von einer Ueberfülligkeit der Anstalt kann also nicht die Rede sein. Die Smichober Realschule, mit der die Anstalt in der Heinrichsgasse vereinigt werden soll, ist selber voll belegt und zwar so, daß die Schüleranzahl der zusammengelegten Institute über 500 beträgt, welche riesige Zahl also in einer einzigen Anstalt zusammengefaßt werden soll. Dasselbe gilt für die Kleinfelder Schule, deren Schülerzahl ebenfalls 200 übersteigt; auch die Realschule in der Nikolberggasse ist vollständig belegt. Der Versuch, die Schule in der Heinrichsgasse mit der Smichober Anstalt zu verschmelzen, muß auch aus pädagogischen Gründen zurückgewiesen werden, da die eine Anstalt englischen, die andere französischen Typs ist. Im zweiten Falle handelt es sich ebenfalls um die Zusammenlegung zweier verschiedener Schultypen.

Die Nachricht von den Anschlägen auf das Prager deutsche Schulwesen veranlaßte unsere Abgeordneten Genossen Deutsch und Genossen Hadenberg, sofort beim Minister Dr. Markowitsch als dem Vertreter des Unterrichtsministers vorzusprechen und ihn auf die völlige Grundlosigkeit dieser Schuldrosselungen aufmerksam zu machen. Der Minister erklärte am Schlusse dieser Unterredung, nachdem ihm die Notwendigkeit der Erhaltung beider Anstalten vor Augen geführt worden war, den Fall noch einmal zu behandeln und das Ergebnis unseren Genossen noch im Laufe des Donnerstags bekanntzugeben. Nach dieser ersten Intervention unserer Abgeordneten sprachen in derselben Sache die deutschbürgerlichen Abgeordneten Prof. Kasta und Prof. Spina beim Minister Markowitsch. Später erhielten dann unsere Genossen Deutsch und Hadenberg in neuerlicher Rücksprache mit dem Minister von diesem die Zusage, daß zunächst die Verordnung, durch welche das Realgymnasium in der Heinrichsgasse aufgehoben werden sollte, vorläufig außer Kraft gesetzt wird. Dem raschen und energischen Einschreiten der deutschen Sozialdemokraten ist es also zu danken, daß vorderhand wenigstens einer der beiden Anschläge auf das Prager deutsche Schulwesen abgewehrt wurde. Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten wird sich aber mit der Intervention der beiden Genossen, die als die ersten Politiker beim Vertreter des Unterrichtsministers wegen der Aufhebung der beiden Mittelschulen Vorstellungen erhoben, nicht begnügen, sondern wird vielmehr die Angelegenheit weiter zum Gegenstand parlamentarischer Aktionen machen und sie zunächst in der Sitzung des Kulturausschusses am Freitag zur Sprache bringen.

Nicht unwesentlich darf bleiben, daß Minister Dr. Markowitsch in der ersten Unterredung mit unseren Genossen seinem Ersuchen darüber Ausdruck gab, daß die deutschen Sozialdemokraten durch diese Verfügung überrascht würden, da in dieser Sache schon seit Wochen zwischen dem Referenten des Ministeriums und dem Prof. Spina Verhandlungen gepflogen wurden. Der Abgeordnete Spina hat also, als Vertreter und Vorsitzender des parlamentarischen Schulausschusses, diese Verhandlungen geführt, ohne dies den sozialdemokratischen Mitgliedern dieser Körperschaft mitzuteilen. Diese nennen wir es: Inloyalität des deutschbürgerlichen Abgeordneten hat — wie das Exempel lehrt — den Anschlag gegen das deutsche Schulwesen nicht verhindern können, während die deutschen Sozialdemokraten es waren, die im letzten Augenblick doch wenigstens den einen Anschlag abwehrten.

Wir wollen hoffen, daß zu diesem neuesten Uebergriff der tschechischen Bürokratie, zu diesem unabweidenden Vorstoß der Nationaldemokraten sich die wirklichen demokratischen Elemente im tschechischen Lager nicht schweigen werden.

Insbesondere die tschechischen Sozialdemokraten werden es doch wohl nicht dulden wollen, daß unter der Unterrichtsministerchaft Bedynes dem

deutschen Schulwesen und damit dem Deutschtum dieses Staates auf solche Weise neuerlich Gewalt angetan wird.

Wichtige Parteiberatungen.

Der Kampf um die Sozialversicherung. — Die Wiener Tagung der Internationale. — Das Karlsbader Turnfest.

Mittwoch, den 11. Juni, fand eine Sitzung unseres Parteivollzugsausschusses statt, in welcher eine ganze Reihe bedeutsamer politischer und organisatorischer Parteianglegenheiten erledigt wurden.

Einleitend berichtete Genosse Dr. Czech über die politische Situation, die Koalitionskrise und über die in ihrem Vordergrund stehenden Kämpfe der Agrarier gegen die Sozialversicherung sowie um die Einführung von Agrarzöllen, die naturnotwendig eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung im Gefolge haben müssen. Dieses Vorgehen der Agrarier fordert den heftigsten Widerstand der Arbeiterklasse heraus, welche sich, falls sich die Agrarier mit ihren Forderungen weiter hervortrommen sollten, zu entschiedener Abwehr bereit halten muß. In diesem Sinne wurden die sachgemäßen Beschlüsse gefaßt und geschicklich

unsere parlamentarische Vertretung ersucht, mit aller Macht auf die rascheste Durchführung der

Sozialversicherung hinzuwirken und zu diesem Behufe von allen ihr zu Gebote stehenden Kampfmitteln Gebrauch zu machen.

Hierauf wurde über den Verlauf der Wiener Tagung der internationalen Exekutiv-Verichte erstattet und in diesem Zusammenhang die nötigen Vorarbeiten für die von der sozialistischen Internationale beschlossenen Antikriegshandlungen besprochen. Die endgültigen Beschlüsse über die Art der Durchführung und den Zeitpunkt dieser Handlungen sind einer in den nächsten Tagen stattfindenden Sitzung der zuständigen Korporationen vorbehalten.

Eine längere Aussprache machte die Fete der kommunistischen Partei gegen das Karlsbader Bundesturnfest notwendig. Es wurde die Erlassung eines Aufrufes an die sozialistische Arbeiterklasse beschlossen, der in ihrem Abwehrkampf gegen die kommunistische Sabotage die Unterstützung der Partei in vollem Maße zuteil werden soll.

Arbeitsfikung im Abgeordnetenhaus.

Prag, 12. Juni. In der der Hausführung vorangegangenen Präsidialsitzung wurde die nächste Sitzung auf Freitag, den 18. Juni, zwölf Uhr mittags, angesetzt. Die übernächste Sitzung findet dann Dienstag, 3 Uhr nachmittags, statt. In dieser Sitzung soll die Vorlage über die Beamtenbestechung, über die Adoption und über die Inkompatibilität behandelt werden. Falls die Regierung nicht die finanzpolitischen Vorlagen ins Haus bringt, wäre am Mittwoch der nächsten Woche der letzte Sitzungstag. Sonst müßte man mit einer Sessionsdauer bis am den 25. Juni herum rechnen.

Im Laufe der Sitzung des Abgeordnetenhauses sprachen die Genossen Dr. Holitscher und Palms beim Minister Habrman vor, der gegenwärtig den auf Urlaub befindlichen Minister für öffentliche Arbeiten Srba vertritt, um eine strenge Untersuchung darüber einzuleiten, ob etwa ein Verschulden bei dem Weipert Bergwerksunglück vorliegt und ob die Regierung Maßnahmen für die Opfer, bzw. für die Hinterbliebenen der bei der Bergwerkskatastrophe ums Leben gekommenen, treffen will. Minister Habrman erklärte, er habe bereits eine Untersuchungskommission an die Unglücksstätte entsendet und die Regierung werde für die Hinterbliebenen möglichst weitgehende Sorge tragen.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Regierungsvoranschlag betreffend die Feststellung des

Friedenslandes der Armee

in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. September 1927.

Das Wehrgesetz verliert am 30. September dieses Jahres seine Gültigkeit. Daher überreicht die Regierung einen Entwurf für die Jahre 1924

bis 1927. Im Wehrdienst entstehen durch dieses Gesetz drei Phasen. Vom 1. Oktober bis 30. November ein Stand von 150.000, vom 1. Dezember bis 31. März ein Stand von 100.000 und vom 1. April bis 30. September ein Stand von 86.000. In der Debatte spricht nach Merta (Komm.) und Füssy (mogy. Landwirt)

Abg. Genosse Jozl.

Er führte aus: Der Ausbau der militärischen Vorlage ist der Beweis dafür, daß es in der Koalition kriselt. Das gegenwärtige Wehrgesetz, das im Jahre 1920 in Kraft getreten ist, ist in allen seinen Stücken ein vollständiges Provisorium. Es sollte nur solange aufrecht bleiben, bis endgültig das Wehrgesetz auf Grundlage des Milizsystems durchgeführt wird. Das Ministerium für nationale Verteidigung hat eine

militärische Studienkommission nach der Schweiz

geschickt, welche ein umfangreiches Gutachten ausarbeiten und dem Wehrausschuß unterbreiten sollte, damit die Mitglieder des Ausschusses Gelegenheit finden, zu dem Gutachten Stellung zu nehmen; es ist bedauerlich, daß den Ausschussmitgliedern diese Gelegenheit nicht geboten wird. Was die in Verhandlung stehende Gesetzesvorlage betrifft, so handelt es sich in Wirklichkeit keineswegs um einen Abbau des Heeresstandes. Das wird auch im Motivenbericht ausgesprochen. Es heißt dort:

„Die geographische Lage unserer Republik ist so ungünstig und erfordert daher zur Verteidigung der Republik eine aktive Armee in einem solchen Friedensstande, daß sie, wenn sie von einem Feinde überfallen werden sollte, diesen so lange aufhalten kann, bis sie durch die Mobilisierung der Reservisten verstärkt ist.“

Ich möchte erstlich die Frage an alle Mitglieder des Hauses richten, ob wirklich hier jemand ist, der so naiv ist, zu glauben, daß dieser Staat mit Waffen in der Hand zu verteidigen ist. Dieser Staat mit seiner ungünstigen strategischen Lage, mit der Form wie ein Lenkballon, der insbesondere bei einem Angriff von zwei Seiten von Süden und Norden unmöglich verteidigt werden kann. Wenn kein anderer Staat, so sind es wir, die von Haus aus verpflichtet sind, die ganze Politik auf den Frieden einzurichten, da die

Sicherheit des Staates überhaupt nur durch den Frieden gewährleistet

werden kann. Das wurde auch in der ersten Revolutionärsnationalversammlung zugegeben, und zwar von einem Manne, der heute der eifrigste Verteidiger des stehenden Heeres, des hohen Präsenzstandes ist, des gegenwärtigen Ministers für Nationalverteidigung, Herrn Udrzál. Dieser hat in seiner Rede zum Wehrgesetz im Jahre 1920 unter anderem auch folgendes gesagt:

„Wir wissen auch, daß uns unsere strategische Lage heute nötigen wird, die schwersten Probleme der Verteidigung des Staates zur Lösung dem Minister für auswärtige Angelegenheiten zu übertragen und nicht dem Kriegsminister.“

Damit ist zugegeben, daß der wichtigste Faktor für die Verteidigung des Staates nicht die Schaffung eines großen Heeres, sondern einzig und allein eine geschickte, aufrichtige, ehrliche Friedenspolitik des Ministers des Äußeren sein mußte. Das wird auch weiter in dem Berichte zugegeben, wo es heißt:

„Mehr durch die Uebermacht des Geldes, denn durch die rohe Gewalt physischer Waffen, haben unsere Vorfahren, wie Palacky, gestiegt.“

Wir müssen überhaupt fragen, warum diese Herabsetzung des Präsenzstandes von 150.000 auf 90.000 Mann nur für ein halbes Jahr erfolgt und nicht für die ganze Dauer. Ist denn die Sicherheit in dem einen halben Jahre vor feindlichen Ueberfällen größer, vom Dezember bis April, als vom April bis zum Dezember? Was für die eine Hälfte gilt, muß auch für die andere angenommen werden und es wäre Sache der Mehrheitsparteien wieder zu beantragen, wenn schon einmal das Ministerium für Nationalverteidigung anerkennt, daß zur Sicherung der Grenzen des Reiches 90.000 Mann für ein halbes Jahr genügen, dies auch logischerweise auf ein ganzes Jahr auszuweihen. Was uns hier unterbreitet wird, ist kein Abbau des Militarismus, ist nicht als eine Augenwischerei gegenüber der Öffentlichkeit. Der Bericht führt zum Vergleiche einer Reihe von Staaten an und versucht nachzuweisen, daß die Tschechoslowakei noch lange nicht an der Spitze jener Staaten steht, die die Bevölkerung durch den Militarismus am stärksten belasten. Nun ist es schon auffällig, daß nicht alle Staaten angeführt werden, sondern die für uns zum Vergleich ungenügend wichtigen Staaten, wie Schweden, Dänemark, Holland und die Schweiz vollständig weggelassen werden! Selbst wenn man das Material, das die Regierung in dem Motivenbericht unterbreitet, noch prüft, kommt man darauf, daß

nach Rumänien die Tschechoslowakei die Bevölkerung am stärksten durch den Militarismus belastet.

Es wird nämlich vielfach in dem Bericht mit Ziffern jongliert: Während man bei uns nur den reinen Heeresstand anführt, haben andere Staaten das ganze Personal der Zollwache und der Gendarmerie mit angeführt, die ja bekanntlich bei uns in der Tschechoslowakei nahezu ein ganzes Heer, 27.000 Mann, darstellt. Heute teilt uns die Tschechoslowakei mit Frankreich, um den rüstständigen, friedensgefährlichen Militarismus aufrechtzuerhalten. Heute! Denn wie lange wird es

Die kleine Lotte. (18)

Von Simone Vobdebe.

Uebersetzt von Dr. Anna Kufbaum. Copyright by Internationales Verlag „Anefiance“, Wien.

Er antwortet, geschmeichelt, daß man seiner Er antwortet, sehr geschmeichelt, daß man seiner Familie soviel Ehre antue. Seitdem spart das Kind nur, um wieder zu laufen. Bei einem Erdbeben kann sie um fünfzig Centimes Pascals „Gedanken“ erwerben.

Mit den ersten Sommertagen nehmen sie die Gewohnheit an, alle Sonnabende aufs Land zu fahren. Charles will es so, und Lise vermag nicht mehr ihm zu widerstehen. Die Melancholie der Kleinen wächst. Sie hat eine heftige Abneigung gegen Reizilly, vor allem gegen die Marne, flüchtet sich, sobald es heißt, fort. Charles besucht häufig die Wirtschaftler, rudert viel, kommt bezaubert mit trunkenen Kumpanen heim, will, daß sie bewirtet werden, bei ihm übernachten. Bei Tisch führen sie unanständige Reden, treiben grobe Späße, erzählen gemeine Geschichten. Charles lacht aus vollem Halse, macht Anspielungen auf zümpeliche Mädchen; die Heiligen spielen sie, wünschen im Grunde nichts schelmischer. Mimi lacht, Vater umarmt sie. Lotte, sehr bleich, blüht ihre Mutter an, über ihr Schweigen empört. Lise erschrickt, findet den Mut, den Vater zu warnen:

„Bist auf!“

Dann hält er sich an Spott schädlos. — Das Maß des Unglücks wird voll. Charles befreundet sich mit dem Nachbarn, einem alten Blumenhändler. Er ist an die Sechzig, Gatte einer jungen Frau von fünfundsiebzig Jahren. Sie ist groß und schlant. Rotblonde Haare, gemalte Lippen, gepudertes Gesicht, lässiges Gebahren. — Madame Stidel ist für Lise die Verförperung

der Kokotte. Diese Frau wird Vorstand und Ursache von fürchterlichen Austritten, die in Schlägereien ausarten. Das ereignet sich gewöhnlich nachts. Die beiden Mädchen schlafen im Nebenzimmer. Sie wachen auf, ziehen ihre Betten bis vor die Tür, hören, hören Schläge, Schimpfreden. Wöllig wird alles still. Mutter weint, seufzt, stöhnt, Mimi schluchzt:

„Er tötet sie.“

Lotte schüttelt den Kopf, zittert vor Scham und Jorn, erinnert sich, bedauert die Mutter. Sie wendet sich ab, so oft sie Madame Stidel begegnet, tut, als sähe sie sie nicht. Tritt ins Haus, um nicht antworten zu müssen, wenn es über die Hecke, die die zwei Gärten trennt, herhschallt:

„Guten Morgen, kleine Mädchen!“ Diese Frau, die sich vom Vater lieben läßt, ohne dazu gezwungen zu sein, stößt ihr Ekel ein. Sie scheint ihr schmutzig. Lottes Ungezogenheit wird für Charles Anlaß, um nichts und wieder nichts zu schreiben. Keine Mutter erzöge ihre Kinder so schlecht wie Lise.

„Aber du bist auch zu unartig.“ wirft Mimi Lotte vor. An einem Sonntagmorgen, nach einem schrecklichen Wortwechsel, wird Lise von Wehen gepackt und bringt, einen Monat zu früh, eine Tochter zur Welt. Madame Stidel kommt als erste, ihr beizustehen, empfiehlt ihren Arzt, der nicht weit wohnt. Lise will eine Hebamme. Charles schilt sie ihrer Dummheit wegen, entschließt sich aber doch, in ein Nachbardorf zu laufen. Dann muß man noch die alte Tante Anna, die Blumenmacherin, holen, Tante Sophie schreiben.

Tante Anna ist eine dicke Frau mit abgemessenen, langsamen Gebärden, weißen Haaren und einer sanften Stimme. Die Kinder kannten sie nicht. Betrachten sie neugierig. Sie lebt sehr zurückgezogen in einem kleinen Zimmer in der Vorstadt Montrouge mit weniger als einem Franken täglich, klagt niemals, sieht niemanden bei

sich, aber läßt sich niemals bitten, wenn man sie holen kommt. Sie schilt mit Charles, schilt mit Lise. Sie ist nicht glücklich gewesen, aber ihr Gatte und sie haben nie miteinander gestritten. Er war ein trockener Pedant, hart und eifersüchtig. Sie war seine Frau, seine Dienstmagd, beugte sich ihm. Ihr einziger Trost blieb das Gebet. Sie weinte sich fast an dem Herzen des Gottes, „der für uns gestorben ist“. Der Gatte von Tante Anna ist nun tot, zum Glück seiner Umgebung. Seitdem versäumt sie an keinem Tag das Gebet für sein Seelenheil. Er hat ihr einen Sohn hinterlassen, der ebenso hart ist wie er selbst. Sie liebt ihn leidenschaftlich, aber er kommt niemals sie besuchen, sendet ihr das Monatsgeld unregelmäßig mit einigen Klagenworten über die schlechthgehenden Geschäfte. Er ist Reisender und noch nicht verheiratet.

Tante Anna leidet, doch hofft sie auf Gott. Das Unglück von Charles und Lise ist nach ihrer Meinung, daß sie keinen Glauben haben. Vater sagt, sie sei verückt, macht sich über sie lustig, erinnert sie an unangenehme Abenteuer in ihrem Leben. Wie sie einmal auf die Polizei gebracht wurde, weil sie einem Kutscher, der sein gestürztes Pferd mißhandelte, das Evangelium predigen wollte. Der Mann hatte mit seinem Peitschenstiel auf die Alte losgeschlagen, die Menge kam in Aufruhr, was Tante Anna sehr peinlich war, denn sie hatte Angst vor Skandalen. Ein Wachmann kam hinzu, ohne etwas zu wissen, verhaftete er den Kutscher und die alte Frau. Er konnte nicht gut mehr verhaften, weil er nur zwei Arme hatte. Auf der Polizei wollte sie nicht Klage erheben, hat nur um die Erlaubnis, dem Pferde ein wenig Hafer kaufen zu dürfen. Das gestattete man ihr lachend.

Mutter sagt von ihrem Bett aus, sie hätte besser getan, ihr Geld zu behalten. Fragt, wann sie sich endlich von ihren Siebensachen trennen würde, Tante Anna bewahrt sorgfältig, was an

ihren vergangenen Wohlstand erinnert. Vater behauptet, bei ihr seien die Stühle an der Zimmerdecke befestigt, ein Rasten verperrte das Fenster, die Tante schloß quer über ihrem Bette, der Rest des Zimmers sei von Risten ausgefüllt.

„Aber Charles, mein Kind, Sie übertreiben.“ Mutter sagt leise, das alles sei Geldeswert; niemals denke die Tante daran, einen der Gegenstände, die ihr unnützlich sind, jemandem zu schenken. Mimi lacht, die Tante ist schwerhörig. Vater nennt sie „alte Fiege“, sie antwortet: „Bitte?“ Mimi liebt die Tante nicht. Sie hat sie einmal ermahnt, weil sie ironisch lächelte, als man ihr sagte, Mutter habe sich den Fuß verstaucht. Lotte hüpfte sich zu ihr hingezogen. Aber auch sie bekommt ihre Strafpredigt, weil sie Vater den Gehorsam verweigert und die kleine Schwester nicht küssen will, wie er befohlen.

Lotte kann das kleine Wesen nicht leiden, diese unförmige, rote Fleischmasse. Auch das ist irgendwie schmutzig, verwirrt sie im Innersten, wirft ihr Gewissen in neue Kämpfe. Ihre Mutter hat es nicht freiwillig auf sich genommen, dieses Kind zur Welt zu bringen. Auch ihre Mutter ist ein Opfer. Die Kleine beginnt, sie zu lieben.

Lise befindet sich gerade in einer Zeit des stärksten moralischen Gedrücktheits. Einige Monate lang ist sie glücklich gewesen, wie sie nie gedacht hätte, es sein zu können, und nun ist es schon zu Ende! Ihre Schwangerschaft war schwierig, besonders weil sie, eitel geworden, sich geschmückt hatte, um sie zu verbergen. Sie leidet sichtbar, weil ihr Gatte Madame Stidel den Hof macht. Jedesmal, wenn er in ihrer Gegenwart an diese Frau das Wort richtet, bekommt sie Schwindelanfälle, ihre Hände krampfen sich zusammen wie in wahnsinnigem Wunsche, sie zu erwürgen. Verläßt er das Haus, um zu den Nachbarn zu gehen, ist es ihr, als reißt man ihr das Fleisch vom Leibe.

(Fortsetzung folgt.)

bowern, vielleicht schon in einigen Wochen wird sich auch auf diesem Gebiete in Frankreich eine ungeheure Umwälzung vollziehen.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Mehrheit eigentlich verpflichtet wäre, den Antrag zu stellen, den Präsenzstand mit 90.000 Mann für das ganze Jahr festzusetzen. Wir können für dieses Gesetz nicht stimmen, weil es nichts anderes ist, als ein Mandat zur Täuschung der Öffentlichkeit, weil es nichts anderes enthält, als eine Vorpiegelung falscher Tatsachen. Deshalb beantragen wir den Übergang zur Tagesordnung. (Beifall.)

Die Gesetzesvorlage wird sodann unbenändert angenommen, die Abänderungsanträge unserer Genossen abgelehnt. Es folgt die Beratung der

Arbeitslosengelehe.

Es handelt sich um zwei Vorlagen. Die eine sieht die Verlängerung des bestehenden Arbeitslosenfürsorgegesetzes vor, die andere gewährt der Regierung die zur Arbeitslosenunterstützung nötigen finanziellen Mittel.

Nach den Berichterstattungen spricht der Kommunist Teska, worauf Genosse Schäfer das Wort ergreift.

Das Genter System.

Abg. Genosse Schäfer

führte u. a. aus:

Der Gesetzesentwurf geht von dem Gedanken aus, daß im nächsten Jahre, vom April angefangen, die Arbeitslosenunterstützung nicht mehr in der heutigen Form gewährt werden, sondern, daß dann das Genter System in Kraft tritt, wonach der Staatszuschuß zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung eingeführt wird. Man kann nicht einfach von heute auf morgen zu einer vollständigen Umgestaltung der Arbeitslosenunterstützung übergehen. Es ist nur möglich, die Arbeitslosenunterstützung in der Weise zu gewähren, wie es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern. Ich erinnere daran, daß erst vor kurzem in einer großen Versammlung des Verbandes der Industriellen von dem Sprecher des Verbandes, Dr. Šodač ausgeführt worden ist, daß die

Arbeitslosigkeit im Februar des heurigen Jahres sogar noch größer war, als im November des vorigen Jahres.

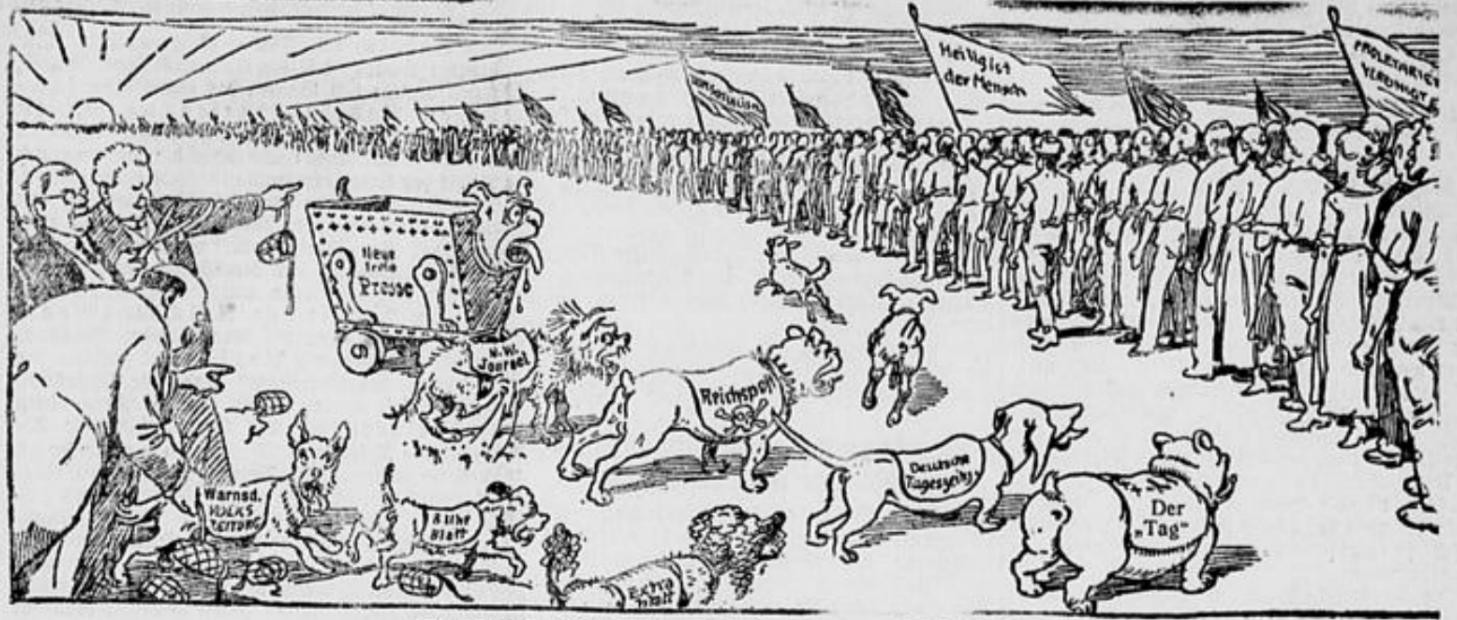
Ich erinnere daran, daß er im Zusammenhang damit ausführte, daß wir in der Tschechoslowakei noch sehr lange mit einer großen Zahl von Arbeitslosen rechnen müssen. Generalsekretär Dr. Šodač hat in der Versammlung der Industriellen mitgeteilt, daß in der Tschechoslowakei im Februar an wirklichen Arbeitslosen rund 195.000 Personen gezählt wurden. Vom Staate unterstützt wurden im Februar im ganzen 76.000 Personen. Wir haben also im Februar 119.000 Arbeitslose gehabt, die vom Staate nicht unterstützt wurden, und zwar nach den Angaben des Vertreters des Verbandes der tschechoslowakischen Industriellen. Ich könnte nicht begreifen, aus welchem Grunde die Industriellen die Arbeitslosigkeit größer darstellen sollten, als sie in Wirklichkeit ist und ich fürchte, daß selbst in dieser Ziffer noch nicht alle Arbeitslosen inbegriffen sind.

Nun wollen Sie einen bestimmten Tag in Aussicht nehmen, an dem das Genter System durchgeführt werden soll. Wir haben schon bei der Beratung des Gesetzes über den Staatszuschuß ausgeführt, daß wir in diesem Gesetze keine Regelung der Frage der Arbeitslosenversicherung erblicken können. Wir sind heute noch der gleichen Anschauung. Wir haben es als ein Gesetz betrachtet, das im Glauben gemacht worden ist, es werde binnen kurzer Zeit zu wirklich geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen kommen. Wir haben schon damals gesagt, daß wir die Fortwirkung der Gesetzgebung der Arbeitslosenversicherung wünschen und daß wir die Lösung dieser großen sozialpolitischen Aufgabe des Staates nur darin erblicken, wenn die

Arbeitslosenunterstützung auf der Zwangsversicherung aufbauend

wird. In allen Staaten, wo man mit Ernst und Überlegung an diese gewiß sehr wichtige Frage herantreten ist, versucht man wenigstens, zur Zwangsversicherung überzugehen, während man in der Tschechoslowakei immer noch glaubt, es läßt sich dieses sozialpolitische Problem mit dem Genter System, das längst veraltet ist, erledigen. Deshalb wollen die Regierenden in diesem Staate das Genter System den Staatszuschuß zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung einführen? Es ist uns bei der Begründung dieses Gesetzes unter anderem auch gesagt worden, daß man dadurch den Gewerkschaften im Staate eine ganz bedeutende Stellung einräume, indem sie zur Übernahme einer sozialen Aufgabe herangezogen werden, wodurch sie im öffentlichen Leben gewinnen. Wir haben nie das Verlangen gehabt, zu einer solchen Stellung und Tätigkeit herangezogen zu werden, und wir bezweifeln, daß dies die ausschlaggebenden Gründe bei der Einbringung der Gesetzesvorlage über das Genter System gewesen sind. Vielmehr handelt es sich dem Staate und der Staatsverwaltung darum, die Lasten der Arbeitslosenunterstützung zu verringern und die Hälfte davon auf die Gewerkschaften abzuwälzen. Bei der Durchprüfung dieser Sache kommt jeder Gewerkschaftler darauf, daß mit dem Genter System vor allem nur eines für die Gewerkschaften resultiert: daß sie sich einen verwickelten Verwaltungsapparat einrichten müssen, daß sie Aufgaben und Lasten auf sich nehmen müssen die eigentlich der Staat zu tragen hat und daß sogar die Gefahr heraufbeschworen wird, daß der

Arabisches Sprichwort.



Die Hunde bellen und die Karawane zieht weiter!

Charakter der Gewerkschaften, die Kampforganisationen sind, verweist

wird. Ich begreife deshalb auch, daß sich die Unternehmer mehr oder weniger mit dem Staatszuschuß zur gewerkschaftlichen Arbeitslosigkeit abfinden, obwohl sie feinerzeit erklärt haben, daß dies eine furchtbare Gefahr für die Unternehmer sei, wenn die Gewerkschaften zu einer solchen Aufgabe herangezogen werden. Wir haben, als das Gesetz beschlossen wurde, die Regierung rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß eine Reihe von Bestimmungen des Gesetzes derart unzulänglich sind, daß in der Durchführungsverordnung weitgehende Verbesserungen vorgenommen werden müssen. Unsere Forderungen und Wünsche sind in Memoranden, in Gutachten und Eingaben dem Ministerium für soziale Fürsorge vorgelegt worden. Vor allem halten wir es für unbedingt notwendig, daß eine Übergangszeit geschaffen wird.

Wir können nicht zugeben, daß mit dem Tage der Inkraftsetzung des Genter Systems etwa

Hunderttausende plötzlich außerhalb jeder staatlichen Fürsorge

bleiben. Dieses Übergangssystem, erklärte man uns, müßte abgelehnt werden. Ebenso haben wir bis heute wenigstens bei den Verhandlungen sehr wenig Gegenliebe dafür gefunden, daß man die Verpflichtung übernimmt, die Gewerkschaften vor Gefahren sicherzustellen, wenn nach der Durchführung des Genter Systems wieder Geschäftsstörungen größeren Umfangs eintreten, wodurch natürlich die Gewerkschaften in die schwersten finanziellen Verlegenheiten kommen müßten.

Wir kennen den Inhalt der Durchführungsverordnung, wie sie im Ministerrat beschlossen sein soll, nicht. Aber ich kann wohl sagen, daß sie kaum den Wünschen und Forderungen der Gewerkschaften entsprechen wird, daß sie nicht so weit gehen wird, daß diese Verordnung dieses Gesetz derart gutmacht, daß wir uns mit seiner Einführung abfinden könnten. Wir sind nach wie vor grundsätzliche Gegner des Genter Systems und bestehen wie immer, auch heute noch darauf, daß die staatliche Arbeitslosenunterstützung geregelt wird auf Grundlage der Zwangsversicherung. (Beifall.)

Der Redner der Landbändler provoziert die Arbeitslosen!

Der landbändlerische Abgeordnete Windirsch hielt sodann eine Rede, die es verdiente, zu Tausenden unter dem armen Landvolke und dem Landproletariate besonders, verbreitet zu werden.

Windirsch sagte, daß man die Arbeitslosen einfach nicht finden kann, wenn sie arbeiten sollen.

Dies gab den ersten Anstoß zu stürmischen Widerspruch auf den Bänken unserer Genossen. „Vom Frühling bis zum Herbst“, meinte Windirsch, „ist Gelegenheit genug zur Arbeit und man müßte daher in diesen Monaten überhaupt keine Unterstellungen zahlen.“ Redner zitiert auch häufig Notizen der „Rozhodni Politika“ und der „Rozhodni Demokracie“, auf Grund deren er nachzuweisen versucht, daß es nicht nötig sei, die Arbeitslosen zu unterstützen. Redner zitiert die

Rede Kramars im Industriellenverband

der darauf hinwies, daß wir 75 Prozent der alten österreichischen Industrie übernommen haben. Redner sagt, daß unser Handshuhgeport deshalb leidet, weil die Erzeugungskosten zu hoch sind, was Genosse Dr. Polischer zu dem Ausruf veranlaßt:

Die Hungerlöhne der Handshuharbeiter wollen Sie also noch herabsenken!

Windirsch verties in seiner Rede darauf, daß die Arbeiter zu viel Kino und Theater besuchen und zeigte sich schließlich um die Staatsfinanzen sehr besorgt. Unsere Genossen über-

schüttelten den Redner mit lauten Zwischenrufen. Man hörte unter anderem auch die Ausrufe: „Sie haben die Wiffkarte für die Regierung abgegeben! Sie haben die Befähigung für den Ministerposten geliebert! Minister Windirsch! usw.“

Es sprachen sodann Böhr (deutsch-christlich-soz.), Pákel (deutsch-nat.-soz.), Bobol (slow. Volkspartei), Rondol (Komm.), worauf Gen. Heeger auf die Ausführungen Windirsch replizierte.

Der Spiegel der landbändlerischen Arbeiterfeindschaft.

Es ist bekannt, daß gerade die Herren von den Landbändlern seit jeher die ärgsten Arbeiterfeinde waren und sind, daß gerade sie immer wieder, in jeder Frage der Arbeiterfürsorge, sich gegen die Forderungen der Arbeiter gestellt haben.

Schon im Jahre 1920 war es der Abgeordnete Heller, der den Antrag auf Arbeitszwang überreichte. Im Jahre 1922 hat die „Landpost“, das Hauptorgan der Landbändler, einen Artikel gebracht, in dem die Forderung nach vollständiger Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung und Einführung des Arbeitszwanges erhoben wurde. Wir haben ferner im Laufe der letzten Zeit beobachten können, daß der Abgeordnete Windirsch selbst den Antrag auf Aufhebung des Achtstundentages gestellt hat. Es zeigt sich also, daß Arbeiterfeindschaft von dieser Seite wahrlich nicht zu erwarten ist. Das wissen wir wohl und damit rechnen wir ja. Aber etwas Unerhörtes ist es zweifellos, wenn gerade ein Abgeordneter der Opposition, noch dazu von deutscher Seite, hier auftritt und eine Rede hält mit solchen Ausfällen, mit solcher Gehässigkeit, mit Beschuldigungen, die er niemals beweisen kann. Es ist dies geradezu empörend. Andererseits sind wir aber Herrn Windirsch sehr dankbar für seine Ausführungen, für die Aufrichtigkeit mit der er gesprochen hat, weil er öffentlich den Beweis der

Seelenverwandtschaft zwischen den Arbeiterfeinden auf der linken und auf der rechten Seite dieses Hauses

erbracht. Die deutsche Arbeiterschaft wird sicherlich mit sehr regem Interesse die Ausführungen des Herrn Windirsch zur Kenntnis nehmen und sie wird ihm sicherlich auch dafür dankbar sein, daß er so offen zum Ausdruck gebracht hat, was die deutschen Arbeiter von der Seite dieser famosen deutschen Volksgenossen in ihrem Kampfe um die Existenz zu erwarten haben. Es ist auch interessant, daß der Abgeordnete Windirsch auf einmal zur Ueberzeugung kommt, daß die

Arbeitslosenunterstützung, weil sie zu hoch sei, forumpierend wirkt!

Die Arbeitslosen würden auf den Bettel der Arbeitslosenunterstützung gern verzichten. Sie wollen die Arbeitslosenunterstützung gar nicht, sondern sie wollen Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit haben. Wenn der Staat, die Gesellschaft und die Regierung eine Politik treiben, die die Arbeitslosigkeit verschärft, wenn die Menschen ungeschuldet arbeitslos geworden sind, dann ist es doch nur ihr gutes Recht, eine Unterstützung während dieser schweren Zeit zu verlangen.

Auf einmal entdecken die Herrschaften, daß von den armen Teufeln Unterstützung zu Unrecht bezogen wird. Wenn Windirsch sagt, daß die Landflucht die Arbeitslosenunterstützung zum Teil mit verschuldet, daß keine Arbeitskräfte auf dem Lande zu finden sind, und wenn er Kino und Theater als Beweisgegenstände in den Vordergrund stellt, muß man wohl sagen, daß diese Art der Begründung wohl die lächerlichste ist, die man in einer so ernsten Frage von einem Vertreter der Bevölkerung hätte erwarten müssen. Wir werden zum Windirsch alle Arbeitslosen schicken, und man wird sehen, ob genügend Arbeit da ist, vorausgesetzt, daß die Leute wirklich davon zu leben imstande sind.

Die Vertreter der deutschen Arbeiter sehen sich verpflichtet, zu den Ausführungen des Abg. Windirsch Stellung zu nehmen, um die Art der

pauschalen Verdächtigungen auf das Entschiedenste zurückzuweisen. (Beifall.)

Nach den Schlussworten der Berichterstattung werden die Vorlagen in erster Lesung angenommen und alle Abänderungsanträge abgelehnt. Für die arbeiterfeindliche Resolution Heller erheben sich nur die Hände der deutschen Agrarier! Nach Behandlung einiger Immunitätsfälle wurde die Sitzung geschlossen.

Die Brüner Waffenfabrik A.-G.

Annahme der Gesetzesvorlage im Senat

Prag, 12. Juni. Im Senat scheint es schon zur Gewohnheit geworden zu sein, die Sitzungen mit einer möglichst großen Verspätung zu beginnen. So dauerte es heute eine volle Stunde, bis sich der Verhandlungssaal des Senates so weit gefüllt hatte, daß Präsident Donat die Sitzung eröffnen konnte. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung, die trotz der Wichtigkeit des Gegenstandes nur vierzig Minuten dauerte, stand die Gesetzesvorlage über den Verkauf der Brüner staatlichen Waffenfabrik an eine Aktiengesellschaft. Die Beratungen über die Vorlage wurden im beschleunigten Verfahren vorgenommen, die Koalitionsparteien erlangten nicht, das Gesetz in erster und zweiter Lesung ohne Änderungen anzunehmen.

Nach den Berichten der beiden Referenten, die die Vorlage natürlich zur Annahme empfahlen, ergriff als einziger Redner der Opposition

Senator Genosse Rejzl

das Wort, um die Koalitionsparteien im letzten Augenblicke noch vor der Annahme der so viele Mängel aufweisenden Gesetzesvorlage zu warnen.

Genosse Rejzl wies eingangs darauf hin, daß schon bei den Beratungen im Budgetausschuß die Tatsache offenbar wurde, daß selbst die Koalitionsparteien sehr wenig über den eigentlichen Sinn des Gesetzes informiert worden waren. Der Referent im Budgetausschuß wußte nicht einmal den Uebernahmepreis, den die Aktiengesellschaft an den Staat zahlen soll. Erst der Regierungvertreter gab dann bekannt, daß der Uebernahmepreis 85 Millionen betrage. Aus den Ziffern, die der Regierungvertreter über das investierte Kapital, sowie über die übernommenen Aktien zur Verfügung brachte, ist jedoch ersichtlich, daß der Wert der Fabrik ungefähr 110 Millionen Kronen ausmacht. Beim Uebernahmepreis also verliert der Staat bereits viele Millionen. Die Fabrik soll in den letzten Jahren steigende Reingewinne aufgewiesen haben. Die im Motivenbericht angeführten Reinerträge sind jedoch nichts anderes als eine Augenwischerei, zumal gar nicht nachgewiesen wird, daß auch ordnungsgemäße Abschreibungen und Verzinsungen des investierten Kapitals vorgenommen wurden.

Der Motivenbericht der Regierung behauptet, daß in der Fabrik seit Jahren schon nach dem Prinzip der Privatwirtschaft gearbeitet wird. Es ist daher um so unerklärlicher, wie sehr durch die gemischte Gesellschaft ein viel intensiverer privatwirtschaftlicher Geist in das Unternehmen eingebracht soll. Es bleibt nur die Befürchtung, daß dieser neue Geist sich auf Kosten der Arbeiterschaft des Unternehmens geltend machen wird.

Der Motivenbericht enthält weiter kein Wort über die Arbeiterschaft. Erst in den Berichten der Ausschüsse sind einige Redensarten über die Rechte der Arbeiterschaft enthalten, die aber noch lange keine Gewähr für deren Schutz bilden. Nach der Gesetzesvorlage verbleiben vorderhand 75 Prozent der Aktien dem Staate, 20 Prozent dem Privatkapital und 5 Prozent den Angestellten und Arbeitern. Der Widerspruch zwischen der Notwendigkeit des Verkaufes und dem überwiegenden Aktienanteil des Staates ist in die Augen springend. Die Regierung behauptet der Verkauf sei notwendig, damit das Privatkapital einen großen Einfluß auf

den Betrieb ausüben und ihn eventuell bei Mangel an Staatslieferungen vor der Stilllegung bewahren könne. Auf der einen Seite also erzählt die Regierung von der Notwendigkeit eines größeren privatkapitalistischen Einflusses, auf der anderen Seite jedoch beweist sie, daß sie die ganze Macht sozusagen in der Hand behält. Diese Widersprüche müssen den Verdacht bestärken, daß

die ganze Transaktion nur der Zweck verfolgt, dem Finanzkapital einen großen Betrieb zur Ausbeutung anzuliefern.

Nirgends im Wortwendicht erzählt man, wer das Privatkapital eigentlich ist. Nur aus einigen Umständen kann man schließen, daß auch hier wieder die Zinobank dahintersteht:

Noch ein wichtiges Moment gibt zu bedenken: die Aktiengesellschaft wird natürlich, was der Staat nicht kann, Versicherungsaufträge auf Waffen auch aus dem Ausland zu beschaffen. Auf diese Weise können wir erleben, daß ähnlich wie im alten Oesterreich, einmal auf tschechoslowakischen Schlachtfeldern das tschechoslowakische Militär mit tschechoslowakischen ...en wird gemordet werden! Soll nun das Privatkapital einen ausschlaggebenden Einfluß auf das Unternehmen eingeräumt bekommen, so ist zu befürchten, daß die Vertreter des Staates, trotzdem sie die Mehrheit der Aktien in der Hand haben, dem Geschäftsgesicht des Privatkapitals allzu sehr nachgeben werden.

Die Arbeiterschaft soll 10 Prozent des Reinertrages erhalten. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Staat die Waffen wird um vieles teurer kaufen müssen, damit dieser Reinertrag herauskomme und nicht auf Kosten des Privatkapitals gehe. Zum Schluß befaßt sich Redner noch mit der zukünftigen Verwaltung dieses Unternehmens und richtet einen Appell an die sozialistischen Parteien in der Koalition, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß in der Waffenfabrik die Ausbeutung nicht Formen annehme, die schließlich zu solchen Unglücksfällen wie den in Weipert führen müssen, wo die Arbeiter mit ihrem Blute den Schandrian des Unternehmers bezahlen mußten.

Wir werden im Auge behalten, welchen Charakter das Unternehmen erhalten wird. Von Ziffern darf sich niemand täuschen lassen. Wir werden gegen das Gesetz stimmen" so schließt der Redner, "weil wir keine Gewähr dafür haben, daß die Grundzüge, die im Wortwendicht angeführt sind, auch wirklich festgehalten werden und weil wir überzeugt sind, daß das Gesetz ein neues Mittel dazu ist, um dem Finanzkapital unerwünschte Gewinne zu verschaffen!" (Lebhafte Beifall.)

Am Schluß der Sitzung wird noch einem Antrag des Abgeordnetenhauses zugestimmt, der fordert, daß die Frist zur Behandlung gewisser im Senate beschlossener Gesetze verlängert werde.

Ein kleiner Unfall der Koalition.

Da die Unterausschüsse ihre Arbeiten noch nicht vollendet hatten, beschränkte sich die Tätigkeit des Plenums des Rechts- und Verfassungsausschusses auf die Abstimmung über jene Paragrafen des Inkompatibilitätsgesetzes, welche vom Senate abgeändert worden waren. Hierbei stieß der Majorität ein kleiner Unfall zu. Trotzdem man mit dem Beginn der Sitzung fast eine Stunde wartete, war nicht die entsprechende Zahl von Koalitionsabgeordneten zustande zu bringen. Endlich konnte es der Vorsitzende wagen, die Abstimmung einzuleiten, da sechs oppositionellen Abgeordneten acht Koalitionsabgeordnete gegenüberstanden. Gerade in dem Augenblicke, als der Antrag des Abgeordneten Genossen Dr. Haas auf Streichung der Bestimmungen über das Schweigegedot rüchrichtlich der Verhandlungen im Inkompatibilitätsauschüsse abgestimmt werden sollte, betraten zwei oppositionelle Abgeordnete den Verhandlungssaal. Der Vorsitzende hatte die Abstimmung in der Weise eingeleitet, daß er positiv abstimmen ließ, d. h. den Antrag des Referenten zur Abstimmung stellte. Da die Abstimmung die gleiche Stimmenzahl pro und contra ergab, erschien der Antrag des Referenten abgelehnt und der Antrag des Genossen Dr. Haas angenommen. Die Herren von der Koalition waren sehr verdutzt und griffen in dem ersten Schreck zu dem Mittel, die Sitzung zu unterbrechen, um die entsprechende Zahl von Koalitionsabgeordneten noch anzutreiben, damit eine Reassumierung des Beschlusses vorgenommen werden könne. Unsere Genossen im Ausschuss, sowie auch die übrigen oppositionellen Abgeordneten erklärten, daß sie sich eine Reassumierung des Beschlusses unter keinen Umständen bieten lassen. In der neuerlich eröffneten Sitzung wurde auch ohne Reassumierung die Abstimmung über die weiteren Paragrafen vorgenommen. Die Regierungskoalition wird also in die unangenehme Lage versetzt, einen Abänderungsantrag gegen den Antrag ihres eigenen Referenten im Plenum stellen zu müssen.

Das Bergwerksglück von Weipert.

Eine dringliche Interpellation der Abgeordneten Genossen Dr. Solitscher, Palme und Bohl an den Minister für öffentliche Arbeiten wegen des Bergwerksglückes in Weipert befaßt:

Am 10. Juni 1924 ereignete sich in einer Bergwerksschicht ein furchtbares Unglück durch Gasvergiftung, dem sechs Tote und drei Schwerverletzte zum Opfer fielen. Nach den bisher eingelangten Informationen wurde der Unfall dadurch verschuldet, daß die Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter nicht in ausreichendem Maße zur Anwendung gelangten. Es ist festzustellen, daß schon seit der im Herbst 1923 erfolgten Wiedereröffnung des Schachtes Bergwerkser-

scheinungen bei der Arbeiterschaft vorgekommen sind; es geht daraus mit Sicherheit hervor, daß die verantwortlichen Faktoren es an der notwendigen Obforge fehlen ließen und sich eine Pflichtverletzung zuschulden kommen ließen. Dieser Vorfall reiht sich an die große Zahl von Unglücksfällen an, die sich in letzter Zeit im Bergbau ereignet haben und sind geeignet, Unruhe unter der Bergarbeiterschaft hervorzuheben.

Die Interpellanten fragen daher den Herrn Minister:

1. Hat der Minister bereits eine Untersuchung über die Ursache und näheren Umstände dieser Katastrophe angeordnet?
2. Ist der Minister bereit, solche Maßnahmen anzuordnen, welche eine Wiederholung derartiger Unglücksfälle nach Möglichkeit zu verhindern geeignet sind?
3. Was gedenkt der Minister zu tun, um für die Opfer dieser Katastrophe, bzw. der Hinterbliebenen, angemessene Vorsorge zu treffen.

Besprechung der westböhmisches Abgeordneten und Senatoren.

Ueber Einladung des Abgeordneten Josef Mayer traten gestern die Abgeordneten und Senatoren des westböhmisches Wahlkreises zu einer Besprechung zusammen, in welcher ein gemeinsames Vorgehen in einzelnen wirtschaftlichen Fragen beschlossen wurde. Anwesend waren die Abg. Blatny, Abg. Fischer, Abg. Dr. Solitscher, Sen. Löw, Abg. Palme, Abg. Pabst, Abg. Schuster, Sen. Spies, Sen. Juleger. Entschuldigt haben sich: Sen. Friedrich, Abg. Hillebrand, Abg. Ing. Kallina, Sen. Dr. Ledebur, Abg. Lorenz, Abg. Marx, Abg. Pohl.

Es wurde die Notwendigkeit einer ständigen Fühlungnahme zur Wahrung wirtschaftlicher Fragen anerkannt und es wurde zunächst beschlossen, in der Frage der Eger-Regulierung und der Verbesserung des Zugverkehrs Schritte zu unternehmen. Eine besondere Beachtung soll dem bevorstehenden Wädergesetz zuwenden werden. Für die ständige Fühlungnahme wurden die Abgeordneten Palme und Jof. Mayer beauftragt, die fallweise Einberufung der in Betracht kommenden Abgeordneten und Senatoren und die Vorbereitung der Referate zu besorgen.

Wiederum eine Lüge des Duxer „Tag“.

Vor kurzem erst haben wir dem Duxer „Tag“ eine grobe Lüge nachgewiesen, als er fälschlich berichtet hatte, daß für eine Aktion, die wegen der rituellen Verhöhnung jüdischer Militärpersonen unternommen wurde, unsere Partei interveniert hätte. Unter Reden und Stöhnen, drehend und sich windend gab daraufhin der Duxer „Tag“ zu, gelogen zu haben. Gleich hernach aber brachte er wieder eine Notiz, in der unter dem Titel, „Rote Strauchritter“ behauptet wurde, daß in Reudel drei Sozialdemokraten den jugendlichen Arbeiter Anton Salzer überfallen und aufs schmerzlich mißhandelt hätten. Unsere Erkundigungen ergaben, daß die Täter, gegen die Salzer die Anzeige erstattete, der sozialdemokratischen Partei nicht angehören. Nebenbei sei bemerkt, daß der „schmerzlich mißhandelte“ Salzer glücklicherweise nur durch einen Hieb mit der Kaffeekanne eine Hautabschürfung erlitten hatte, weshalb ihn auch der diensttuende Wachmann, bei dem er zuerst die Anzeige erstattete, aufforderte, zunächst ein ärztliches Zeugnis beizubringen. Es handelte sich also um einen ganz unbedeutenden Vorfall, mit dem aber weder die Partei, noch irgendein Genosse etwas zu tun hat und den die hakenkreuzverleihe Presse in belauener moralischer Minderwertigkeit wiederum dazu bemühte, unsere Partei zu verleumden.

Das Beamtenbestellungsgezet.

Gestern tagte das Subkomitee des Rechts- und Verfassungsausschusses zur Beratung des Senatsbeschlusses über die Adoption. Gleich bei der Beratung des ersten Paragraphen ergab sich eine prinzipielle Debatte in der Richtung, ob — wie es der Senatsbeschluss will — die Legitimation unehelicher Kinder ausgeschlossen werden soll, wenn sie aus einem Ehebruch eines der beiden natürlichen Elternteile stammen. Abgeordneter Genosse Dr. Haas trat für die liberale Auffassung ein und beantragte die Fassung des von Professor Dr. Kalla verfassten Entwurfes, eine Kommission zur Revision des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches zu wählen. Es wurden auch noch andere zum Teil prinzipielle, zum Teil stilistische Änderungen des § 1 des Senatsbeschlusses vorgenommen. Hierauf wurde die Beratung abgebrochen, damit das Subkomitee zur Verhandlung der Regierungsvorlage gegen die ...eichungen tagen könne. Die Beratung gedieh bis zum § 6, wobei jedoch über drei wichtige prinzipielle Fragen eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Diese drei Punkte betreffen folgende Angelegenheiten: Die Einbeziehung der Angestellten gewisser privater Unternehmungen in das Gesetz, die mit einer Strafe sanktionierte Verpflchtung zur Anzeige und die Bestimmung über das Amtsgeheimnis. Abg. Genosse Dr. Haas wandte sich in wiederholten Ausführungen gegen die Fassung der Regierungsvorlage in diesen drei Punkten und beantragte gleichzeitig, die Institutionen der Zwangsversicherung den öffentlichen Körperschaften bezüglich des Wirkungsbereiches des Gesetzes gleichzustellen. Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß die Koalitionsabgeordneten Dr. Rosel (Volkspartei) und Dr. Patejdl (tschech. Nat.-Soz.) gerade in den angeführten drei prinzipiellen Punkten die Regierungsvorlage ebenfalls belämpften.

Der Parteitag der BGD.

Die Begrüßungsansprachen. — Beginn der politischen Auseinandersetzung.

Berlin, 12. Juni. (Eigenbericht.) Die heutige Tagung des sozialdemokratischen Parteitag brachte den Beginn der eigentlichen sachlichen Auseinandersetzung über die verschiedenen Richtungen und Strömungen in der Sozialdemokratie und über die Haltung und Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Verhandlungen wurden eingeleitet mit den drei großen Referaten von Weis über die Haltung des Parteivorstandes, von Ludwig über die Kassagebarung und den Stand der Finanzen und der Organisationen und Hermann Müller über die Arbeit der Reichstagsfraktion. Zu Beginn der vormittägigen Verhandlungen fand das erste Geplänkel zwischen der Mehrheit des Parteitag und der Opposition statt. Diese verlangte für ihre Richtung einen Korreferenten zum Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion. Nach einer kurzen Debatte wurde dieses Verlangen aber mit einer Mehrheit von 228 gegen 111 Stimmen abgelehnt. Man kann ungefähr dieses Stimmentresultat als bezeichnend für die Stärke der Richtungen auf dem Parteitag ansehen, wenigstens selbstverständlich einige der Delegierten für einen Korreferenten gestimmt haben dürften, trotzdem sie nicht gerade in allem zur Opposition zu rechnen sind.

Am Nachmittag begann die Diskussion, an der sich zunächst maßgebende Vertreter der Opposition, unter anderen Dikmann und Toni Sender beteiligten. Einen gewissen Höhepunkt der Diskussion in der erregten Auseinandersetzung erlebte der Parteitag am Schluß, als Scheidemann in ungewöhnlich temperamentvoller Weise die gegen Ebert erhobenen Angriffe und Beschuldigungen zurückwies.

Am morgigen Tage wird die Diskussion über die erstatteten Berichte weitergehen und auch Bericht über die sächsische Frage, für die eine eigene neungliedrige Kommission des Parteitag eingesetzt worden ist, erstattet werden.

Berlin, 12. Juni. Wie der „Vorwärts“ berichtet, sagte der belgische Genosse De Brouquere auf dem sozialdemokratischen Parteitag in seiner Begrüßungsrede u. a.: „Im Namen

der Internationale, die soeben in Wien getagt hat, kann ich Euch das Versprechen geben, daß die Internationale nicht ruhen wird, bis das Reparationsproblem in einem Sinne gelöst ist, der allen Ländern die Verbesserung bringt und die Interessen des Proletariats schützt.“ Die englische Genossin Miss Bell überbrachte die Grüße der englischen Arbeiterpartei und wies darauf hin, daß die englische Revolution ohne Gewalt vor sich gehe. Für Dänemark sprach Andersen (Kopenhagen), welcher erklärte, die Verhältnisse in Dänemark seien ähnlich wie in England. Wir haben die Regierung übernommen, obwohl wir keine Mehrheit haben. Wir wollen ein großes Programm durchführen, vor allem eine großzügige Steuererhebung und die Ratifikation des Achtstundentags-Abkommens. Im Herbst wird wahrscheinlich auch Schweden eine sozialdemokratische Regierung erhalten. Bohl überbrachte die Grüße der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter in der Tschechoslowakei und sagte: Wir sind nur eine kleine Gruppe an der deutschen Grenze, aber alle und treue Kampfgenossen. Wie wir trotz aller Schwierigkeiten und trotz aller Zerstörungsarbeit der Kommunisten nie den Glauben verloren haben, so wird auch das deutsche sozialistische Proletariat unerschütterlich vorwärts schreiten. Unser Schicksal und jenes Deutschlands, ja das ganz Europas, liegt zum großen Teile auf den Schultern der deutschen Sozialdemokratie. Abg. Weis verlas hierauf die telegraphischen Begrüßungen u. a. auch von der tschechoslowakischen Sozialdemokratie und jener Jugoslawiens. Stürmischen Beifall erweckte das Telegramm der Vereinigung „Reichsbanner Schwarzrot-gold“. Weis fügte hinzu: „Sie wissen, daß Genosse Loebe im Reichstage angekündigt hat, daß die deutsche Sozialdemokratie eine Armee von Kampfproleten aus dem Boden stampfen werde, die berufen sei, die Republik gegen Stahlhelm, Werwolf usw. zu schützen. Dabei hatte Loebe die Organisation „Reichsbanner Schwarzrot-gold“ im Auge, die in wenigen Monaten etwa dreieinviertel Millionen junger Leute organisiert hat und im Bunde mit der Sozialdemokratie die Republik schützen wird.“

Exekution der Internationalen Beamtenkonferenz.

Wien, 12. Juni. (Eigenbericht.) Die Exekutive der Internationalen Beamtenkonferenz trat heute im Sitzungssaal der Arbeiterkammer zu einer zweitägigen Beratung zusammen. Aus der Tschechoslowakei ist für die deutsche Organisation Gröschel anwesend. Die tschechische Organisation hat ihr Fernbleiben mit dringenden Arbeiten entschuldigt. Gegenstand der Beratung bildete der Ausbau der Internationale der öffentlichen Beamten und die Vorarbeiten für den ersten internationalen Kongress. Die Exekutive beschloß, diesen Kongress für den 27. Oktober nach Paris einzuberufen.

Radiö in Mostau.

Mostau, 12. Juni. (M.) Der Führer der kroatischen republikanischen Bauernpartei in Jugoslawien Stefan Radiö ist hier eingetroffen und erklärte in einer Unterredung mit Vertretern der Sowjetpresse, er habe gefunden, daß die Verhältnisse im SSSR alle seine Erwartungen übertrafen! (Zu diesem Urteil kam der Tüchtige gleich am Tage seiner Ankunft, d. Red.) Den nationalen Minderheiten im SSSR ist nicht bloß ihre freie (?) Entwicklung gesichert, sondern sie werden im Staate geradezu zur kulturellen und nationalen Entwicklung aufgemuntert. Die Sowjetregierung hat sich in ehrenhafter und aufrichtiger Weise der Bauernschaft genähert. Die landwirtschaftliche Frage im SSSR nähert sich durch die Tätigkeit der Sowjetregierung ihrer Lösung. Radiö teilte weiter mit, daß die kroatische Bauernpartei in die Bauerninternationale in Mostau (Bauernsektion der 3. Internationale) eintreten werde. (?)

Das Chaos in Albanien.

Rom, 11. Juni. Nach einer Meldung aus Brindisi haben die Nationalisten gestern um 8 Uhr abends Tirana besetzt, ohne Widerstand zu finden. Ahmed Zogul scheint mit seinen Betreuen nach Jugoslawien geflüchtet zu sein. — Die „Tribuna“ schreibt, die Lage in Albanien sei noch völlig unklar. Die italienische Regierung habe bisher keine offizielle Mitteilung und könne vor Einschaltung der neuen Regierung keine solche haben. Die Hauptschwierigkeit liegt im Zentrum des Landes, da der katholische Norden und der orthodoxe Süden immerhin homogen seien. Ob sich aber das mohammedanische Zentrum einfügen werde, sei eine Frage. Die Aufgabe der neuen Regierung, Albanien, das von der Malaria heimgesucht und ohne Straßen sei, zu modernisieren, sei fast unmöglich. Die vom Völkerverbund beschlossene Anleihe von 2 Millionen Lire für Albanien bedeute nichts im Verhältnis zu den Bedürfnissen des Landes.

Zur Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten.

Cleveland, 12. Juni. (Zuspruch.) Nach 26stündiger Beratung hat der Konvent der republikanischen Partei gestern abends die Kundgebung für die Präsidentschaftswahl fertiggestellt. Die Kundgebung befaßt sich u. a. mit der Frage des Westschiebsgerichtshofes der Außenpolitik, der unteralliierten Schulden und der Einwanderung. Zur Frage des Prohibitionsgesetzes nimmt die Kundgebung keine Stellung. Der Artikel über den Westschiebsgerichtshof soll, wie verlautet, vom Präsidenten Coolidge selbst verfaßt sein. Die außenpolitische Stellungnahme Americas, die hiebei ausführlich behandelt wird, wird dahin gestimmt, daß die Vereinigten Staaten an der Lösung der großen internationalen Probleme mitarbeiten sollen, ohne jedoch ihre Selbstständigkeit preiszugeben. Zur Frage der unteralliierten Schulden erklärt die Kundgebung, daß eine Streichung der Schulden aus wirtschaftlichen und moralischen Gründen nicht in Betracht komme.

Der deutsche Eisenbahnerkongress.

Berlin, 12. Juni. Heute vormittag traten die Spitzenorganisationen der Eisenbahner nochmals zusammen, um zu der Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Der Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner faßte eine Entschliekung, in der es heißt: Der Vorstand lehnt das Angebot und das Lohnbistat wegen unzureichender Erhöhung einmütig ab. Er erteilt dem Geschäftsführenden engeren Vorstand die Generalvollmacht, in Verbindung mit den anderen Organisationen, die Maßnahmen zu beschließen und durchzuführen, um eine den künftigen Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung zu erreichen.

15 Jahre Zuchthaus.

Kaschau, 12. Juni. Vor dem Staatsgerichtshof stand der Angeklagte Beczar im Laufe der Verhandlung den größten Teil der ihm zur Last gelegten Handlungen ein. Heute um halb 6 Uhr abends wurde das Urteil gesprochen, mit welchem Beczar schuldig erkannt wird, mit Gewalt die Besetzung von zur Tschechoslowakischen Republik gehörigem Gebiet versucht zu haben. Beczar wurde nach dem Gesetze zum Schutze der Republik zu 15 Jahren Zuchthaus ferner zu einer Geldstrafe von K 1000 und zum Verlust aller Bürgerrechte verurteilt. Der zweite Angeklagte L. Frank wurde zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, welche Strafe bereits durch die Untersuchungshaft verbüßt ist. Der dritte Angeklagte Jakubovic wurde freigesprochen.

Tages-Neuigkeiten.

Das Wandern ist eine Lust.

Der Fund der Falkenkreuzornamente auf der altjüdischen Synagoge in Kapernaum durch eine dänische Forschungs Expedition, ist durch die „völkische Wissenschaft“ bereits genügend aufgeklärt. Man lese diese wissenschaftliche Erklärung und beschämt wird man gestehen müssen, bisher von der Geschichte blutwenig gewußt zu haben. Die völkische Wissenschaft dringt ein in das Dunkel der grauesten, bisher unerforschten Vorzeit und deckt vor unseren Augen eine bisher unbekannte Welt auf. Man nehme zur Kenntnis: „Germanische Völkerveränderungen haben, lange bevor das Volk der Juden in der Geschichte auftritt, zehntausend und mehr Jahre vor Christus, nach Asien, auch nach Palästina, ja selbst bis nach Ägypten hinein sich ergossen und haben der dunklen Welt (!) das Licht ihrer hohen Geisteskultur gebracht. Mit ihnen wanderte das Falkenkreuz, und wo es gefunden wird, tritt uns aus dem Dunkel längst entschwundener Zeiten der unwiderlegliche Beweis entgegen: Hier war einmal germanische Kultur, germanischer Geist herrschend.“

Diese völkische Wissenschaft stützt sich zum Beweise ihrer Entdeckung nicht etwa auf irgendwelche Funde, die Uebersetzung findet diese Wissenschaft in der Bibel. Die Bibel enthält nämlich eine Stelle, wo die von Josua nach Palästina entsandten Kundschafter erzählen, daß sie dort Menschen von riesenhaftem Wuchs angetroffen haben.

Welchen Stammes könnten diese Menschen denn anders gewesen sein, als Menschen germanischer Abkunft. Wer jetzt die Herkunft des Falkenkreuzes auf der altjüdischen Synagoge in Kapernaum nicht für genügend erklärt hält, und Zweifel hegt, daß das Falkenkreuz arischen Ursprungs ist, den treffe hoch der ganze Saß und die ganze Verachtung der Deutschvölkischen, denn er ist ein Verräter am Deutschtum.

Bisher hat ein Spruch sich immer behauptet: „Lächerlichkeit tötet“. Für die Deutschvölkischen gilt dieses Wort noch nicht, sie leben weiter, nur im Ausland wird das Ansehen des deutschen Volkes durch sie herabgesetzt. Die völkische Wissenschaft kann man nur lächerlich finden, leider aber muß man die Geistesverfassung anders beurteilen, die eine solche Wissenschaft gebiert, eine Verfassung, die aus Dummheit und Größenwahn gemischt, schließlich noch alle lebenden Menschenseelen auf das Germanentum zurückführt.

Auf den Ranchos in Amerika werden von Hirten spanisch-indianischer Abstammung den Kindern auf ihren und Schenkel Zeichen eingebrannt, und sehr häufig wird das Falkenkreuz als solches Zeichen gewählt, da es ein altes Indianerornament ist, wie die hübschen Falkenkreuzdecken der Navajo-Indianer beweisen.

In den Pampas Amerikas das Falkenkreuz am Hinterbacken eines Kindes, in den zivilisierten deutschen Gegenden Europas das Falkenkreuz im Knopfloch, Kultur und Unkultur.

Zehntausend und mehr Jahre sind es her, da die Falkenkreuzler wanderten, sich nach Ägypten hinein ergossen, jedenfalls auch in die Pampas von Amerika, denn wo hätten die spanisch-indianischen Mischlinge die Kenntnis vom Falkenkreuz sonst her.

Ah, möchte doch dieser Wandertrieb bei den Falkenkreuzlern wieder erwachen, und möchten sie sich aufs neue nach Palästina, nach Ägypten, in die Pampas und schließlich in die Steppen und auch noch in die Dschungel ergießen. Das Lied: „Das Wandern ist des Falkenkreuzlers Lust“ wollten wir gerne zum Abschied singen.

Die Teuerungszulagen der Lehrersoldaten des Mannschaftsstandes.

Das Oberste Verwaltungsgericht in Prag hat am 2. d. M. über eine Rechtsfrage entschieden, die bis tief in die Zeit des Weltkrieges zurückreicht. In den Jahren 1916 und 1917 waren von mehr als 1000 Landesausschüssen und von der Gemeinde Brünn den Lehrern Teuerungszulagen gewährt worden. Die Gasisten aber waren von diesen Zulagen überhaupt ausgeschlossen, ebenso alle ledigen Lehrer des Mannschaftsstandes. Die verheirateten Lehrer aber, soweit sie Mannschaftsdaten waren, erhielten von mehr als 1000 Landesausschüssen die halben Zulagen der im Schuldienste befindlichen Lehrer. Die Gemeinde Brünn zahlte ihnen die Zulage nach einem um die Person des Eingekerkerten verminderten Familienstande. Nun bestimmt aber das Gesetz vom 23. Juli 1919, Nr. 470, in § 5, daß den Lehrern, soweit sie als Mannschaftsdaten im Militärdienst standen, für die Zeit ihrer Militärdienstleistung — falls sie nicht die vollen Dienstbezüge erhalten haben — die nicht ausbezahlte Differenz zu ersetzen ist.

Es entstand nun die Streitfrage, ob unter den vollen Dienstbezügen bloß die ständige oder auch die schwankenden, wie Teuerungszulagen und dgl. zu verstehen sind.

Die Rechtschussstelle des deutschmährischen Lehrerbundes verurteilte die Streitfrage an einem bestimmten Fall zur Austragung zu bringen. Sie vertrat die Ansicht, daß unter den vollen Bezügen auch die außerordentlichen Zulagen zu verstehen sind, weil sie auch bei der Bemessung der Personaleinkommensteuer zum Dienstverdienst gezählt werde. Der Landeschulrat schloß sich dieser Rechtsansicht an und erkannte den betreffenden Lehrern die begehrte Nachzahlung an Teuerungszulagen an.

Dagegen berief jedoch der Landeschulrat an das Ministerium für Schulwesen und Volkskultur und machte geltend, daß der Gesetzgeber dort, wo er die Teuerungszulagen mit in das Dienstver-

men einbeziehen wollte, stets von Dienstbezügen und Zulagen spricht (so in §§ 2 und 3 des erwähnten Gesetzes). Uebrigens handle es sich um freiwillige Zuwendungen an die Lehrer, zu denen der Landesausschuß überhaupt nicht verpflichtet ist und daher könne ein Anspruch auf Nachzahlung bezüglich dieser Zulagen auf Grund des Gesetzes Nr. 470 vom Jahre 1919 nicht erhoben werden. Das Ministerium wies die Beschwerde aus den in der Eingabe der Rechtschussstelle angeführten Gründen ab, doch gab sich der Landesausschuß damit nicht zufrieden, sondern berief an das Oberste Verwaltungsgericht. In der am 2. d. stattgehabten Verhandlung schloß sich das Gericht der Begründung des erhobenen Anspruches vollinhaltlich an und wies die Beschwerde des Landesausschusses als unbegründet ab.

Die Lehrer Mährens, die in den Jahren 1916 bis 1917 dem Mannschaftsstande angehört, erhalten daher für diese beiden Jahre die Nachzahlung der ganzen Teuerungszulagen, jene die verheiratet waren, die halben. Freilich war diese Zulage damals nicht besonders hoch, sie betrug bei ledigen provisorischen Lehrern mit Reisezeugnis 100 K., mit Lehrbefähigungszugangnis 180 K. pro Jahr. Verheiratete Lehrer ohne Kinder erhielten 240 K., mit ein bis zwei Kindern 340 K., mit drei bis vier Kindern 400 K. jährlich. Wesentlich höher freilich waren die Zulagen bei der Gemeinde Brünn, die damals bereits die Lehrer hinsichtlich der Teuerungszulagen den Staatsbeamten gleichgestellt hatte. Im Jahre 1918 hatten nach dem Gesetze vom 26. August 1918, RGBl. Nr. 319, bereits alle Lehrer die Teuerungszulagen im selben Ausmaße wie die Staatsbeamten erhalten. Für dieses Jahr entfällt also die Nachzahlung.

Der Tod in der Grube.

Breslau, 12. Juni. (Wolff.) Gestern abends wurden in Gottesberg auf dem Schichte „Egmont“ der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke 37 Bergleute durch einen Ausbruch von Kohlendampf gefährdet. 30 konnten gerettet werden, sieben sind tot.

Der neue alte Militarismus. Zu der Notiz, die wir unter diesem Titel unserem Karlsbader Parteiblatt entnahmen und in der Nummer vom 7. Juni veröffentlichten, teilt uns das Kommando der 1. Infanteriedivision mit: Am 30. Mai d. J. kam zum Garnisonskommandanten in Karlsbad ein Reservist deutscher Nationalität und bat um Information in Angelegenheit seines Einrückens zur Waffenübung. Diese Information wurde ihm gegeben. Der Reservist teilte jedoch dem Garnisonskommandanten weiter mit, daß er krank ist, noch daß er in Kurbehandlung ist und erwähnte gleichfalls nichts von seinem Besuch am Aufschub der Waffenübung, welches abgewiesen wurde. Er sagte nur, daß er schon unter dem früheren Regime für invalid befunden wurde und daß er glaubt, nicht einrücken zu müssen. Und darauf wurde ihm auf die Frage, ob er transportfähig ist, die Aufklärung gegeben, daß er bei seinem Standestruppentörper einrücken muß, wo er einer ärztlichen Visite unterzogen und eventuell entlassen wird. Zum Schluß teilt das Kommando mit, daß der Reservemann andere Informationen erhalten hätte, wenn er dem Garnisonskommandanten alle die Umstände bekanntgegeben hätte, die wir in dem Bericht erwähnten.

Vom „Schwerbedrängten“ Gastwirtsstand. Der Leiter der Bezirksverwaltung in Elbogen setzte die Sperrstunde im Bezirke auf 12 Uhr fest. Wer die Verhältnisse in der dortigen Gegend kennt, wird die Verfügung nur gut heißen. Voller Enttäuschung und um die Gefahr der Einschränkung der persönlichen (vierteljährlich) Freiheit abzulenkten, versammelten sich die Gastwirte des Bezirkes in Elbogen zu einer Protestkundgebung, die vom Abg. Fischer des „Bundes der Landwirte“ einberufen war, der auch dann die Abordnung zur Bezirksverwaltung führte. Sollten derartige Vorkommnisse des Abg. Fischer wirklich den Wünschen seiner Wähler entsprechen? Wir glauben kaum, daß die kleinen Landwirte — und nur solche gibt es im Elboger Bezirke — die von Sonnenanfang bis nach Sonnenuntergang fest arbeiten müssen, noch nach Mitternacht das Bedürfnis haben, gehen zu müssen. Die Gastwirtszunft, aus der wir diese Meldung übernahmen, schreibt allerdings: „Endlich hat sich ein Abgeordneter gefunden, der die Interessen des „Schwerbedrängten“ Gastwirtsstandes vertritt.“

Zum Eisenbahnunglück in Karlsbad, über das wir bereits gestern berichtet haben, meldet die Eisenbahndirektion Prag-Nord: Am 1. Juni um 15 Uhr 55 Minuten stießen auf der Strecke zwischen den Stationen Karlsbad Oberer und Unterer Bahnhof der Personenzug Nr. 5304 mit dem Zuge Nr. 5301 D zusammen, wobei die beiden Maschinen beschädigt wurden und ein Personenzug entgleiste. Der Verkehr war für zweieinhalb Stunden unterbrochen. Schwerverletzt wurden: Rachel Abrahamowich aus Chemnitz Franz Würzl, Schmied aus Aule in Sachsen, Anton Heider und Richard Schrödel, beide Heizer der Staatsbahnen. Leicht verletzt wurden Sigmund Schwarz und Cecilia Friedrich, beide aus Budapest, Betty Cepicka und Elisabeth Hoch, beide aus Jivonitz im Erzgebirge, Karl Marsik, Gustav Auer, Adalbert Cepicka, Franz Rohmeyer und Josef Baierl, alle letztgenannten Eisenbahnbedienstete. Die Verletzten wurden sofort von den Ärzten untersucht. Die Untersuchung der Ursache des Zusammentreffens wird fortgesetzt.

Malaria in Karpathorussland. Nach aus Rußland eingelaufenen Berichten nimmt die Malaria in der letzten Zeit, insbesondere in der

Ukraine, in ungewöhnlich großem Maße überhand. Diese Krankheit tauchte im Sommer des vergangenen Jahres in einigen Gegenden der Slowakei und Karpathorussland, insbesondere im Flußgebiete der Theiß, auf, wo sich an zahlreichen Stellen stehendes Wasser und Moor bildet. Diese Stellen sind dann Ansteckungsherde, denn sie bilden einen geeigneten Boden für die Vermehrung der Anopheles-Mücke, welche durch Stiche die Ansteckung auf den Menschen vornimmt. Größtenteils erkrankten auch bei Feldarbeiten beschäftigte Personen, Eisenbahnstreckenpersonal und einige Militärpersonen. Die Erkrankungen verlaufen zum größten Teile günstig. Seitens des Ministeriums für öffentliches Gesundheitswesen wurden die geeigneten Maßnahmen zwecks Beilegung der Kranken mittels Chinin getroffen; dergleichen erfolgte Abgabe von Chinin zu prophylaktischen Zwecken an gesunde Personen. In den Wintermonaten hörte sodann die Malaria auf, an den erwähnten Stellen aufzutreten. Da aber die Gefahr besteht, daß sich in den heißen Frühjahrs- und Sommermonaten der gefährlichen Mückenart wiederum vermehrt und hierdurch das neuerliche Auftreten der Malaria in eventuell noch weit größerem Maße als im vergangenen Jahre herbeiführt — wie sich dies eben jetzt in der Ukraine zeigt, — begann das Ministerium für Öffentliches Gesundheitswesen bereits im vergangenen Jahre eine Aktion, welche auf die allmähliche Beseitigung der Brutorte der Mücken, das ist auf die Austrocknung oder zumindestens Verringerung der Wasserpfützen und Entwässerung der Rinnen und Gräben abzielt. Diese von den übrigen zuständigen Zivil- und Militärbehörden geförderte Aktion wird sicherlich zur Beseitigung der Malariaherde beitragen und mit größter Wahrscheinlichkeit ein weiteres Auftreten der Epidemie einschränken. (Vom Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen.)

Neue Mustermessepaläste in Prag. Wie die Tageszeitungen berichten, kaufte die Prager Mustermesse das Fabrikgebäude der Firma Melichar-Umrath in Prag VII. nächst dem bisherigen Ausstellungsplatz. Auf den so gewonnenen Grundstücken werden vier Mustermessepaläste errichtet werden. Es sollen darinnen eine Bank, ein Postamt, verschiedene Zentral- und Privatkanzleien untergebracht und auch 120 Zimmer eingerichtet werden. Weiter wird sich in einem dieser Paläste eine Restauration, dann Unterhaltungs- und Unternehmungen befindlich ein Gebäude soll Wohnungen für die Angestellten der Mustermesse-Firmen usw. umfassen. Selbstredend kann erst in einigen Monaten mit dem Neubau begonnen werden, da gegenwärtig noch obige Firma bis auf weiteres daselbst landwirtschaftliche Maschinen erzeugt.

Keine Spielbanken in Karlsbad. Die politische Landesverwaltung teilt mit: Da eine ausländische Gesellschaft angeblich beabsichtigt, in Karlsbad Spielbanken einzurichten und zu betreiben, macht die politische Landesverwaltung in Prag darauf aufmerksam, daß weder in Karlsbad noch in anderen Städten Spielbanken bewilligt wurden und nicht bewilligt werden.

„Via Sibiria.“ Die Vertretung der Tschechoslowakischen Republik in Schanghai ersucht, daß die an sie gerichteten Postsendungen über Sibirien geschickt werden, auf welchem Wege der Verkehr ungefähr 20 Tage dauert, gegenüber dem Postverkehr von 40 bis 60 Tagen über Amerika oder Suez. Die Sendungen müssen die Aufschrift tragen: „Via Sibiria“. Anders bezeichnete oder überhaupt nicht bezeichnete Sendungen gehen über Amerika oder Suez.

Vollkorn Alkohol. Der Bergmann Ant. Barba aus M. Litran, ein notariischer Alkoholiker, mißhandelte am Samstag, wie gewöhnlich, wenn er betrunken nach Hause kam, seine Frau und wollte sodann sein dreieinhalbjähriges Söhnchen züchtigen, das weinend zur Mutter flüchtete, die es zu schützen suchte. Barba aber schnallte seinen Riemen ab, schlug zuerst die Frau blutig, worauf es ihm gelang, das Kind zu erreichen. Die Folgen waren entsetzlich; er zerstückelte mit einem Metallstück des Gurtes dem Kleinen die Schädeldecke, so daß er bald darauf verschied. Die Mutter erkrankte schwer. Der Mörder seines eigenen Kindes wurde verhaftet.

Todesopfer der Autokater. Der am Dienstag von einem Auto auf der Letna in Prag überfahrenen elfjährige Schüler Rudolf Jeman aus Prag-Sokolowitz ist gestern im Prager Kinderhospital seinen Verletzungen erlegen.

„Bist du noch nicht fertig, Kanaille?“ Im italienischen Parlament gab es dieser Tage einen bemerkenswerten Zwischenfall. Als sich der radikalistische Abgeordnete Lucci zum Worte meldete, erklärte der Faschist Giunta: Wenn ein österreichischer Spion spricht, verläßt die Mehrheit den Sitzungssaal. Er begründet dies damit, daß Lucci im Dezember 1916, als in der Kammer behauptet wurde, die Oesterreicher schlugen Italiener mit ihren Knüppeln tot, erwidert habe: „Wenn die Oesterreicher die italienischen Verbündeten mit eisernen Knütteln umbringen, so sind in Rom die Messer mit den feststehenden Griffen ausgestattet, mit denen die Italiener die österreichischen Verbündeten umbringen.“ Lucci erwiderte, er gebe zu, das gesagt zu haben. Er habe nicht die Absicht gehabt, das italienische Heer zu beleidigen. Die gesamte Mehrheit verließ während der Rede Luccis den Saal. Während seiner Rede erschien ein Faschist an der Eingangstür und schrie in den Saal: „Bist du noch nicht fertig, Kanaille?“

Ehemalige russische Offiziere als Räuber. Der frühere russische Offizier Boris Moskwin, der den Raubüberfall auf den Profuristen Wirth der russischen Buchhandlung in der Kantstraße zu Berlin verübt hatte, wurde von dem großen

Schöffengericht in Charlottenburg zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Freund des Verurteilten, Uffos, der gleichfalls russischer Offizier war, erhielt wegen Beihilfe und Hehlerei neun Monate Gefängnis.

Richard Strauß auch Ehrenbürger von Salzburg. Die Stadtgemeinde Salzburg hat Dr. Richard Strauß anlässlich seines 60. Geburtstages das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Homosexuelle als Mörder. Der Unteroffizial des ungarischen Ministeriums des Neufers Polak wurde gestern mittags in seiner Wohnung in Budapest ermordet aufgefunden. Die polizeilichen Erhebungen ergaben, daß der Mord schon in der Nacht vom Montag auf Dienstag verübt wurde. Der Tat verdächtig erschienen mehrere homosexuell veranlagte Leute, mit denen Polak verkehrte.

Erhöhte Tätigkeit des Vesuv. Seit einigen Tagen weist der Vesuv wieder eine erhöhte Tätigkeit auf. Dienstag öffneten sich zwei neue Krater. Araberinnen verhindern angeht die Gefahr den Zutritt der Touristen zum Krater.

Die Konferenz der internationalen Nachrichtenagenturen in Bern beendete gestern ihre Verhandlungen. Die Beschlüsse gehen nunmehr an die Regierungen der verschiedenen Länder. Cappelletti-Rom, Rennot-Paris und Clements-London sprachen der Schweizerischen Depeschagentur und deren Direktor Dr. Lüdi warmen Dank für die gute Organisation aus. Die Konferenz bilde einen Markstein in der Entwicklung des Nachrichtenwesens.

Das chinesische Flüchtlingswesen. Bei dem am 29. Mai gemeldeten Ueberfall von Flüchtlingspiraten auf vier Missionäre bei Hankau ist der amerikanische Missionar Cunningham getötet worden. Die übrigen Missionäre befinden sich in Sicherheit.

Wetterbericht vom 12. Juni. Mittwoch herrschte außer in Westböhmen in der ganzen Republik günstiges Wetter. Die Temperatur hat etwas zugenommen. In den Niederungen wurden 24 bis 26 Grad Celsius erreicht. In Westböhmen trat nachmittags eine Trübung ein. In den Abendstunden fiel in Eger bereits Regen. Bis Donnerstag früh ergaben die Niederschläge in Eger und Klattau sieben Millimeter, Prag einen halben Millimeter. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Veränderlich, zeitweise Regen, mäßig warm, später Besserung.

Gerichtssaal.

Der Benzinprozeß. Dritter Verhandlungstag.

Prag, 12. Juni. Zu Beginn der Verhandlung meldete sich der Verteidiger Dr. Strala zum Wort und verlangte in einem Antrage, daß Experten vorgeladen werden und daß die Gutachten der kommerziellen und chemischen Sachverständigen überhaupt nicht verlesen werden. Der Staatsanwalt sprach sich dagegen aus. Nach längerer Beratung beschloß der Gerichtshof die Anhörung der Sachverständigen als unentscheidend abzulehnen, da das Vorhandensein eines Schadens nur für das Strafausmaß entscheidend ist und behält sich vor, im Laufe des Verfahrens auf die Angelegenheit zurückzukommen. Der Angeklagte Sip berichtete sodann über seine Tätigkeit als Legionär. Hierauf begann das Verhör mit dem Direktor der Rappthaspol

Benoni.

Auch er erklärt eingehend seine Tätigkeit als Kriegsfreiwilliger in der französischen Armee und kommt darauf zu sprechen, daß er als Direktor der Rappthaspol einen Kampf gegen die Firma Stratula führte, die bis zum Jahre 1923 die Alleinlieferung in Benzin für den Staat innehatte. Später erst sei Kolben dagelommen und so sei seine Verbindung zu Kolben entstanden. Bestehungen habe er niemals vorgenommen, er war stets ein Gegner davon, daß die Referenten irgend etwas bekommen. Die Rappthaspol hätte keine Ursache gehabt, Entlohnungen zu geben, da sie prima Ware billiger als die Konkurrenz abgeben konnte. Er begründet dann eingehend seine Beziehungen zu dem verstorbenen Eugen Kolben und zu Otto Kolben. Nur über Drängen Otto Kolbens habe er an Swatel den Betrag von 400.000 und 250.000 Kronen bezahlt. Eine schädigende Absicht sei ihm vollkommen ferngelegen.

Benoni wird von den Anwälten in scharfes Verhör genommen, in das sich auch der Staatsanwalt einmischte. Auch im Kreuzverhör mit Strafa und mit Malina bleibt er dabei, daß von Bestechungen nicht die Rede sein könne und daß die ausbezahlten Beträge nur Zuwendungen für geleistete Arbeit gewesen wären.

Hierauf wird Otto Kolben einvernommen. Er erklärt sich für unschuldig. Er habe über Aufforderung seines verstorbenen Bruder Eugen ein Kommissionsgeschäft angemeldet, das sich mit Benzinverkauf befasse und an dem der Angeklagte Ingenieur Rejedy beteiligt war; während Eugen Kolben nur der finanzielle Leiter des Unternehmens war, habe Rejedy den Verkauf der Ware geleitet. Er habe niemals jemanden bestochen. Die über seinen Wunsch ausbezahlten Beträge an Swatel wären Gewinnvorschuße auf die zukünftige Beteiligung Swatels gewesen, die anderen Beträge Entlohnungen an die Vermittler. Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

Mitte August 1924
Bundesturnfest
 der
Arbeiterturner
 in Karlsbad.

Volkswirtschaft.

Börsentrach und Bankensandale in Oesterreich.

Es ist kaum ein halbes Jahr her, daß der Generalkommissar Zimmermann, der im Auftrage des internationalen Finanzkongresses die österreichische Finanzwirtschaft zu überwachen hat, seinen Auftraggebern den Erfolg seiner Tätigkeit an den hohen Börsenkursen bewies. In seinem Monatsberichte fehlte damals der Hinweis auf die Blüte der österreichischen Volkswirtschaft, die sich dem Abgesandten des Finanzkongresses in den hohen Börsenkursen auszudrücken schien. Der Zusammenbruch der Frankenspekulation enthielt mit der Unfähigkeit des Generalkommissars, wirtschaftliche Dinge richtig zu sehen, auch die ganze Korruption, der die österreichische Finanzwirtschaft verfallen ist.

Es wäre verfehlt, den Zusammenbruch der Frankenspekulation als die Ursache des Börsentrachs anzusehen, den Oesterreich jetzt erlebt. Schon lange vorher haben alle ernstlichen Wirtschaftskreise erkannt, daß die hohen Kurse der Effekten nur eine Scheinblüte der Wirtschaft vorstülpen und daß sich hinter dieser Scheinblüte eine ungeheure Korruption verbirgt, die zum Krach führen mußte, und die vom Nationalrat eingesetzte Bankkommission der Jahre vor einem Jahr, ja noch früher, die Regierung gemahnt, diese Korruption zu heben. Aber die Regierung, der die hohen Kurse gerade als ein Mittel erschienen, um die Welt über die tatsächlichen Folgen ihrer Sanktionspolitik zu täuschen, und die auch dem Nationalrat, das so freigebig zu den Wahlfonds der beiden Regierungsparteien beigetragen hatte, nicht mehr nur tadelte, sah richtig zu, wie die Korruption immer weiter um sich griff, wie verwerfliche Geschäftsführer das Kapital der Banken für ihre eigenen Spekulationen verwendeten, wie die Aktionäre der Banken die breitesten Schichten des Bürgertums zum Börsenspiel verleiteten und ihnen wertlose Papiere zu hohen Kursen anbot, ja sie unterstützte diese Korruption noch ganz unmittelbar dadurch, daß sie den Banken durch Steuerbegünstigungen Willkürbeweise machte, daß sie den Großaktionären der Aktiengesellschaften bei Neuemissionen von Aktien Milliarden, ja Billionen von Gründergewinnen, also die Auswanderung der Volkswirtschaft, gestattete, daß sie die Einführung wertloser ausländischer Papiere zuließ, und vor allem auch dadurch, daß sie Bankkonzeptionen an überbelebte Schieber und Bankrotteure verlieh.

Durch einen vertikalisierten Bericht, der in der Bankkommission bereits im März erstattet wurde und der durch eine Indiskretion jetzt von einer Zeitschrift veröffentlicht wurde, und durch eine sachkundige Rede, die Genosse Dr. Ellenbogen kürzlich im Nationalrat hielt und auf die die Regierung nicht Wesentliches zu erwidern wußte, sind wir über das Treiben der Börsenhyänen und über die Mitschuld der Regierung jetzt so vollständig aufgeklärt, daß, wenn der Regierung nicht das Attribut eines Wirtlopfes auf den Bundeskanzler zu Hilfe gekommen wäre, sie auf das ernsteste gefährdet gewesen wäre. Was durch diese Enthüllungen noch nicht aufgeklärt wurde, haben die Umstände bei einigen der letzten Zusammenbrüche deutlich erhellt. Einen Begriff über den Umfang des Börsenspiels erhält man, wenn man erfährt, daß während das alte Oesterreich nur sieben Großbanken mit wenigen Filialen hatte, das kleine Deutschösterreich nicht weniger als 64 Aktienbanken mit 1500 Bankfilialen zählt. Auf der Mariahilferstraße in Wien und ihren Nebengassen zählte Dr. Ellenbogen allein 78 Bankfilialen. Und wenn man an einer einzigen Tafel die Mitschuld der Regierung erkennen will, so ist es die, daß unter 110 Bankfirmen, die durch die Frankenspekulation notleidend geworden sind, sich 47 befinden, die vorher wegen Devisenschiedungen abgekrast wurden. Allerdings hat die Regierung den Devisenschiebern mit ihren Strafen nicht allzu weh getan. Hat sie doch mit einem dieser Genossen einen Ausgleich geschlossen, durch den sie ihm eine Strafe von 300 Millionen Mark auferlegte, was die horrenden Strafen von 30 Rentenpennig ausmacht. Einem anderen, der Schiedungen mit Milliarden Kronen begangen hatte, wurde eine Strafe von 125 Millionen auferlegt und als die Bankkommission in diesen Akt Einsicht nehmen wollte, wurde ihr das von der Finanzlandesdirektion verweigert. Wie die Regierung den Kapitalisten entgegenkam, kann man daraus erkennen, daß von 277 Kapitalvermehrungen, die im vorigen Jahr den Aktiengesellschaften bewilligt wurden, die Differenz zwischen Emissionskurs und Börsenkurs, also der Gründergewinn, nicht weniger als fünf Billionen Kronen, das sind etwa 400 Millionen Goldkronen, betrug. Die Spekulation der Banken wurde sogar mit den Geldern des Staates betrieben. Nicht nur ließ die Nationalbank zweifelhaften Instituten Milliarden von Kronen, sondern es hat auch die dem Finanzminister direkt unterstehende Postsparkasse den Banken zu zwölf Prozent im Jahr Gelder verliehen, die dann von den Banken zu den übli-

chen Bucherzinsen als Taggeld weitergegeben wurden. Einige der jetzt verkrachten Banken sind der Postsparkasse und der Nationalbank Dutzende von Milliarden schuldig.

So wurde mit Hilfe der Regierung die Spekulation und die Schieberei künstlich großgezogen und die Folge war der Börsentrach, der jetzt die ganze österreichische Volkswirtschaft auf das schwerste in Mitleidenschaft zieht.

Schluß des Anmeldestermins für die Prager Herbstmesse. Da die für die eigene Bau- und Möbelmesse bestimmten zwei großen Pavillons schon fast vollständig besetzt sind und auch die anderen Pavillone nur noch über sehr wenig freie Stände verfügen, beabsichtigt die Direktion des Prager Messegewerks (Prag 1, Alstädter Rathaus) den Anmeldestermin diesmal bereits mit dem 15. Juni d. J. abzuschließen.

Aus dem englischen Baugewerbe. Reuter meldet aus Liverpool: Auf der Konferenz zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Baugewerbe wurde ein Uebereinkommen in Angelegenheit des Streiks der Bauarbeiter von Liverpool und Birkenhead erreicht und damit die Gefahr einer allgemeinen Aussperrung beseitigt.

Kunst und Wissen.

Gastspiel Erika Gläzner — „Gretchen“, von G. Davis und Leopold Lippich. (Neues deutsches Theater.) — Unlängst spielte man die Grotteskomödie Angermayers, die mit hahnenbüchsenartigen Fiebern gegen die übliche Spießbürgermoral mit der grausamen Satire endet, daß bei der Leichenfeier der leichtsinnigen, durch eine verbotene Operation umgewandelten Frau der Ehemann ihren vier „beteiligt“ gewesenen Liebhabern Elixen aus deren letzten Pultet spendet; bezeichnender Weise schließt die gestrige Grotteske „Gretchen“ mit derselben Szene, nur ist die Heldin überaus lebendig, die nach einer schon sehr bewegten Vergangenheit zur Präsidentin des Jugendbundes um ihrer Verdienste um seine Erlaucht und um der Erhebung des Fleckens Malwiz zur Stadt wissen, dem hohen Herrn unter den Klängen des Jungfernkranzes die Tugendlilie überreichen darf. — Beide Grottesken ziehen wie Hartlebens und Bierbaums Werke ihre Hauptstücke aus dem Gegenfah zwischen Heuchelei und Scheinmoral auf der einen — um so stärkerer Kraft animalischer Triebe auf der anderen Seite. Und so wie die Handlung, so verwendet die Sprache mit derbem, oft allergelegtestem Humor — für moralinsaure Menschen ist „Gretchen“ eine überaus starke Dosis von Gegengift — die üblichen Floskeln und Redewendungen, mit denen sonst „ehrenwerte und tugendhafte“ Spießbürger, die überaus gut gezeichnete Erlaucht mit eingeschlossen, ihre Sittlichkeit zu Markte tragen, im entgegen gesetzten Sinne. — Uebrigens läßt der geschickte, wenn auch nicht immer seine Szenenaufbau mit der reichen Gabe von Humor ersiere Bedenken gar nicht aufkommen, wenn es auch ein gewisses Stück ist, in einem Magdalenenheim von Magdalenen, die keine sind, die Tugendprobe für Seine Erlaucht und dessen unsonst unvorhersehen Gräfin abhängig zu machen, welsch letztere schließlich durch den ganz gehauten weiblichen „Tugendboß“ Gretchen aus dem Freibe geschlagen wird, die „zur rechten Minute ihre schwache Stunde hat“, um in der obengenannten Weise, mit der gebesserten Erlaucht „beide in sich einzuführen“. — Die ausgelassene Komödie bietet Gel. Gläzner eine ausgezeichnete Rolle, alle ihre Vorträge: Drollerie, Pikanterie, entzückendes Mienenpiel, Humor wirken zu lassen; wenn man sich an ihre derbe „Berliner Rangen“-Sprache gewöhnt hat, entdeckt man immer neue Vorzüge: in dem vorzüglichen Herausbringen der kleinsten Punkte, dem mitreißenden Charme und einer Agilität, die alles um sie herum in den von ihr gewirbelten Wirbel zieht. — Leider konnten unser Ensemble selbst in den kleinen Chorenrollen, in dem von der Gastin angegebene Tempo nicht recht mit; es scheint an den nötigen Proben gemangelt zu haben. Immerhin bemühen sich H. Walter Pittschau und mit besonderem Erfolge H. Eggerth dem weiblichen großen Komiker Erika Gläzner ein herrliches Pendant an die Seite zu stellen. — Fr. Mender wußte aus ihrer nicht gerade dankbaren Rolle nichts zu machen und war wieder minutenlang unverständlich. Dr. R. E.

Richard Strauß-Arter. Nachdem der 25. Todesstag (3. Juni) des Wiener Meisters der Operette und des Tanzes Johann Strauß verstrichen wurde, hat man wenigstens den 60. Geburtstag (11. Juni) seines lebenden großen Namensvetters Richard Strauß zu begehen versucht. An Stelle eines aus diesem Anlaße geplanten größeren Julius Strauß'scher Bühnenwerke gelangte am Mittwoch „Salome“ zur Aufführung. Da diese Oper zu den bestausgeführten unseres Theaters gehört, war ihre Verwendung als Festvorstellung am Plage. Alexander Zemlinsky's impulsive musikalische Leitung, Frau Hussa in der Titelrolle, Herr Schwarz als Johanaan und alle übrigen Darsteller gaben der Aufführung den entsprechenden festgemachten Charakter, dessen Bedeutung, nur immer bei solchen Anlässen, das pärtlich erscheinene Publikum nicht erfährt hatte. —ek.

„Der Schattensänger“ („Rybat sinu“) — von Jean Sarmant, im tschechischen Nationaltheater erstausgeführt, vermittelte die Bekanntheit mit einem vielversprechenden jungen französischen Talente. Sein „Le pecheur d'ombres“ hat als Aufführung am 15. April 1921 im „Theatre de l'Europe“, durch den Verfasser in der Titelrolle selbst dargestellt, die gesamte französische Kritik im günstigsten Sinne beschäftigt. Es steckt in dem Werke viel französische Kultur und eine kri-

stalltät des Irishen Geschehens und der empfindungsreichen Worte. Das Thema ist die Verknüpfung von Erotik und Wahnsinn; es ist dreiteilig, trotz der vier Akte von Moll zu Dur, von Dur zu Moll entwickelt und variiert. Der Jüngling, der, an unerkannter Liebe geistig erkrankt, wird von dem Mädchen seiner Wahl durch ihre Kunst und ihren von seiner Mutter erborenen Aufenthalt in der ländlichen Heimat geheilt. Aus der Pfliegerin wird eine Liebende, die künftiges hohes Glück ahnen läßt. Doch auch der Bruder des heilnahen Geheilt, der die Schattensänge im Bache nur mehr zum Vergnügen, nicht aus Melancholie und Gedächtniswache fängt, zerstört das junge Glück und die erdgütige Gefunden. Er weiß dem Kranken einzureden, das Mädchen sei eine andere; er sei getäuscht. Und statt der jubringenden „Schatten“ erschließt der Arme sich. — Die beiden Hauptdarsteller: S. Rohout und Frau Ostreil waren mit Eifer an ihren Aufgaben tätig; auch die übrigen Darsteller wie die Aufmachung waren durchaus anerkenntenswerd. Im ganzen: ein Abend mit Niveau. Dr. K. E.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag Gastspiel Manowarda „Margarethe“; morgen Samstag „Der Bettelstudent“; Sonntag Gastspiel Manowarda „Die Meisterfinger von Nürnberg“ (Beginn 6 Uhr).

Spielplan der Kleinen Bühne. Gastspiele Gänger: heute Freitag „Mary“, Samstag und Sonntag abends „Lissy, die Kofotte“, Sonntag nachmittags „Mary“.

Literatur.

Die freie Gemeinde. Das soeben erschienene Heft 11 enthält einen Aufsatz des Genossen L. V. über „Die Förderung der Volksbildung durch die Gemeinden und Ortschulräte“. Der Artikel klärt die Frage, durch wen und unter welchen Bedingungen die Vergabe der Schulturnsäle und Schulräume erfolgt, wird also alle Vereine und Korporationen, die sich mit körperlicher oder geistiger Bildungsarbeit beschäftigen, interessieren. Dann folgt der Schluß des in der vorigen Nummer begonnenen Artikels über „Das Bauwesen“ von Genossen S. Kramfer, der dieses reiche Material für einen Vortrag zusammengetragen hat. Die Rubrik Rundschau bringt eine Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes über die Anzulässigkeit der zwangswweisen Pensionierung von Gemeindebeamten wegen erreichter Altersgrenze, Notizen über Gesetzgebung und Verwaltung, Finanzwirtschaft, Wohnungswesen, Wohlfahrts- und Armenpflege, schließlich keine Mitteilungen und unter „Auskunftsidee“ eine Antwort, die Bowordnung betreffend. Die „Freie Gemeinde“ ist zu beziehen durch die Verwaltung Prag II, Davilsko nam. 32/II, Bezugspreis vierteljährlich 4.50 Kronen.

Bildungsarbeit.

Sozialistische Massenschulung.

Unsere Zentralstelle für das Bildungswesen gibt eben ihren Bericht über die Tätigkeit im Monat Mai heraus. Es konnte auch in diesem Monat noch außerordentliche Schulungsarbeit geleistet werden, obwohl die Bildungszentrale selbst darauf drängt, nunmehr den Turnern und Naturfreunden, den Reiseorganisationen und Kinderfreunden die Arbeiterstudentenschaft in der schöneren Jahreszeit zu überlassen.

An Einzelvorträgen sind zu verzeichnen: Univeritätsprofessor Grohmann (Elbogen, Gaida, Pelschau, Alt-Rohrau, Radonitz, Jägerndorf, Kumburg), Architekt George Karau (Aussig, Turn, Nestomir, Schönbrunn, Bodenbach) und Genosse F. R. (Schönbach, Bruggreuth, Wernerreuth, Steinpöhl, Wepling und Ronsperg). Außer diesen 18 Einzelvorträgen wurden von der Bildungszentrale im Monat Mai 64 Lichtbildervorträge vor ungefähr 4000 Besuchern veranstaltet. Besondere Erwähnung verdienen die beiden Sonntagsskolen in Bärn und Stadt-Liebau am 3., 4., 10., 11., 17. und 18. Mai (Vehrkäfte: Hofbauer, Hoffmann, Dr. Strauß) und der Gemeindevertreterkurs in Ronsperg am 18. und 25. Mai (Lehrer: F. R.). 120 Merkblätter wurden an die Besucher der Kurse abgegeben. Am 1. Mai fanden besonders würdige Kunstveranstaltungen in Aussig, Brünn, Prag und Teplich statt. Am selben Tage wurden 10.000 Liedarten (mit einem Bild von Theophil Steinlen) und 15.000 Masseschriften in die Massen gebracht.

In den Maimonat fallen die umfangreichen und mühevollen Vorarbeiten zur Fertigstellung und Eröffnung des „Hauses der Arbeit“ in Aussig (inzwischen vollendet). Die Zentralstelle für das Bildungswesen wurde eingeladen, an dem Internationalen Arbeiterbildungskongress in Oxford im August 1924 teilzunehmen. Die Bildungszentrale nahm im Monat Mai 10.440 Kronen ein, denen Ausgaben in der Höhe von 9570 Kronen gegenüberstehen.

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsgruppe Prag. Heute, 8 Uhr abends, findet im Verein deutscher Arbeiter, Prag II, Smecny 27, ein Vortrag über „Liedhol“ statt. Referent: G. Sommer. Gäste willkommen.

Turnen und Sport.

Kreisturnturnen

des 1., 2., 6. und 7. Bezirkes in Aussig, Verhenselder Spielplatz, am 15. Juni.

Dem ersten Kreisturnturnen der oberen Bezirke in Seestadt folgt nun das zweite, welches die unteren vier Bezirke zusammenbringt. Damit folgt die zweite Etappe der Vorproben für das Bundesturnfest. Samstag nachmittags gehen aus allen Bezirken Stafetten ab mit dem Ziel Freiplatz. Ferner haben die Kampfrichter und Mitglieder des Berechnungsausschusses am halb 7 Uhr im Volkshaus in Aussig zu einer wichtigen Sitzung sich einzufinden.

Die Wettkämpfe beginnen nach Eintreffen der Jüge in Aussig (5.50 von Bodenbach und 6.20 von Brüx). Alle Wettkämpfer und Kampferinnen haben diese Jüge zu bemühen und nicht schon Samstag in Aussig einzutreffen, weil wegen der Ausstellung keine Quartiere aufzutreiben sind.

Proben: 9—10 Uhr Freilübungen der Anaben und Mädchen; 10—12 Ringer-, Sprungreifen-, Pferd- und Schwebbaumübungen. Mittagessen wird am Freiplatz in eigener Regie verabfolgt. Ebenso Frühstück und Nachtessen. Eßbesteck und Teller sind mitzubringen.

Festzug: 1—1/2 Uhr Abmarsch zur Aufstellung. 2. Bezirk Vor. Weißstraße, 6. Bezirk Th. Körnerstraße, 7. hinter dem 6. Bezirk und 1. Bezirk wieder hinter dem 7. Bezirk, Th. Körnerstraße. Jeder Bezirksturnwart hat seinen Bezirk wie folgt zu ordnen: Mädchen der Größe nach in vier Reihen geordnet, dann die Anaben ebenso. Jene, welche die Freilübungen nicht mitturnen, werden rückwärts gestellt, in vier Reihen und ist sogleich aufzustellen, wieviel jeder Verein gestellt hat und auf der Tafel, welche von der Kreisleitung beigelegt wird, einzutragen. Dies ist deshalb wichtig, weil mit den Kindern sofort nach Eintreffen am Freiplatz mit dem Turnen begonnen wird. Anaben bei schönem Wetter ohne Leibchen und bloßfüßig, Mädchen bloßfüßig, Leibchen, Schmelzkrisur und von einer zur anderen Schnecke ein einen Zentimeter breites rotes Band gezogen. So wird gleich im Festzug marschiert. Bei kühlem Wetter natürlich mit Strümpfen, Leibchen etc. Dann kommen die Turnerinnen, sämtliche Fahnen des Bezirkes und die Turner (weiße Hosen, Leibchen, roten Gürtel, Rock im Arm, Hut in der Hand). Alles in Viererreihe. Abmarsch punkt halb 2 Uhr. Von einem pünktlichen Abmarsch hängt das ganze Gelingen des nachmittägigen Programmes ab, daher wird nicht auf Nachzügler gewartet.

Reihenfolge der Vorführungen am Nachmittag: 1/3 Uhr Freilübungen der Anaben; 3 Uhr Freilübungen der Mädchen; 3/4 Freilübungen der Turner (allgemeine); 4 Uhr Freilübungen der Turnerinnen (allgemeine). Pause. 5/5 Uhr Ringerübungen der Turner; 5 Uhr Sprungreifenübungen der Turnerinnen; 5/6 Uhr Sportübungen; 6 Uhr Gemeinturnen der Turnerinnen am Schwebbaum, Musterhüserinnen voran; 5/7 Uhr Gemeinturnen der Turner am Pferd (Musterhüser voran); 7 Uhr Stabübungen der Alten; ab 7 Uhr Wettspiele, Stafettenläufe, Reßbänder, Stoppuhren, eventuell Disken und Speere usw. sind mitzubringen.

Die Säulenführer zu ordnen, obliegt den Bezirksturnwarten. Ebenso haben sie festzustellen und einzutragen, wieviel jeder Verein gestellt hat. In jenen Bezirken, wo für Anaben, Mädchen und Turnerinnen kein Bezirksturnwart gewählt wurde, ist jemand verlässlich zu bestimmen. Die Wettkämpfer und Kampferinnen werden jeder geturnten Übungsgruppe verlesen, denn es wird erwartet, daß sich diese an allen Vorführungen beteiligen, ansonsten werden sie des Preises verlustig. Dies besorgt der Kreisturnwart.

Diese Probe soll den Beweis erbringen, wie stark der Kreis beim Bundesturnfest antreten wird und wie es mit der Disziplin und Ausführung der Übungen steht. Von Wert kann und wird nur immer die Leistung sein, Worte sind leerer Schall.

Berausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak, Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Rieckner, Druck: Deutsche Zeitungs- & B. Prag für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Nejantsch

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus, Prag, Smecny 22 (Urania).

Gastwirtschaft „Lidovy dum“ der Genossenschaft „Ganymed“
 Täglich PRAG II., Hybernack Nr. 2

Café „Nizza“
 Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Deutscher Theatergarten
 täglich Militär-Konzert.
 7.50 7.50 7.50 7.50 7.50